
Stenographisches Protokoll

10. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 16. Jänner 1991

Stenographisches Protokoll

10. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 16. Jänner 1991

Inhalt

Personalien

Verhinderungen (S. 589)

Geschäftsbehandlung

Einwendungen des Abgeordneten Voggenhuber gegen die Tagesordnung gemäß § 50 der Geschäftsordnung (S. 589)

Durchführung einer Debatte gemäß § 50 (1) der Geschäftsordnung (S. 589)

Redner:

Voggenhuber (S. 589).
 Schieder (S. 590).
 Mag. Terezija Stoitsits (S. 590).
 Dr. Madeleine Petrovic (S. 591).
 Mag. Marijana Grandits (S. 592).
 Wabl (S. 592).
 Christine Heindl (S. 593).
 Anschöber (S. 595).
 Dr. Pilz (S. 595).
 Steinbauer (S. 597).
 Dr. Madeleine Petrovic (S. 597) (tatsächliche Berichtigung) und
 Monika Langthaler (S. 598)

Einwendungen finden keine Mehrheit (S. 599)

Antrag der Abgeordneten Mag. Marijana Grandits, dem Finanzausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 50/A (E) der Abgeordneten Monika Langthaler und Genossen betreffend umgehende Einrichtung eines osteuropäischen Energie- und Umweltfonds gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 20. Februar 1991 zu setzen (S. 612) — Ablehnung (S. 612)

Erklärung der Präsidentin Dr. Heide Schmidt betreffend Verlangen, eine kurze Debatte über diesen Fristsetzungsantrag durchzuführen (S. 612)

Antrag der Abgeordneten Dr. Fuhrmann und Dr. Neisser, dem Justizausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 55/A der Abgeordneten Dr. Fuhrmann, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch und das Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial geändert werden, gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 16. Jänner 1991 zu setzen (S. 612) — Annahme (S. 612)

Einwendungen der Abgeordneten Mag. Terezija Stoitsits gegen die Tagesordnung der 11. Sitzung gemäß § 50 der Geschäftsordnung (S. 612)

Durchführung einer Debatte gemäß § 50 (1) der Geschäftsordnung (S. 613)

Redner:

Voggenhuber (S. 613).
 Mag. Terezija Stoitsits (S. 614).
 Dr. Madeleine Petrovic (S. 615).
 Christine Heindl (S. 615).
 Mag. Marijana Grandits (S. 616).
 Monika Langthaler (S. 617).
 Anschöber (S. 618).
 Wabl (S. 619) und
 Dr. Pilz (S. 620)

Einwendungen finden keine Mehrheit (S. 621)

Tatsächliche Berichtigung

Dr. Madeleine Petrovic (S. 597)

Fragestunde (3.)

Bundeskanzleramt (S. 599)

Schieder (29/M); Dkfm. DDr. König, Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz, Mag. Marijana Grandits

Dr. Nowotny (22/M); Dkfm. DDr. König, Haigermoser, Mag. Marijana Grandits

Dr. Ofner (25/M); Dr. Madeleine Petrovic, Gabrielle Traxler, Dr. Gaigg

Dkfm. Mag. Mühlbachler (17/M); Mag. Karin Praxmarer

Hofer (18/M); Mag. Peter, Anschöber, Dkfm. Ilona Graenitz

Dr. Madeleine Petrovic (27/M); Dr. Helene Partik-Pablé, Ingrid Korosec, Eleonora Hostasch

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 612)

Verzeichnis der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe (S. 621; siehe bitte auch S. 157, 3. Sitzung)

Eingebracht wurden**Anträge der Abgeordneten**

Ing. Reichhold, Anna Elisabeth Aumayr, Huber, Mag. Haupt und Genossen betreffend Anrechnung der Sachbezüge auf Hinterbliebenenpensionen im bäuerlichen Bereich (58/A) (E)

Ute Apfelbeck, Dr. Heide Schmidt, Dr. Frischenschlager, Dr. Ofner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz geändert wird (59/A)

Huber, Dolinschek, Mag. Haupt und Genossen betreffend Teilung der Ausgleichszulage bei geteilter Pensionsauszahlung (60/A) (E)

Dolinschek, Meisinger, Huber und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsverfassungsgesetz geändert wird (61/A)

Dr. Nowotny, Dr. Ditz und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Finanzausgleichsgesetz 1989 geändert wird (62/A)

Dr. Schwimmer, Helmuth Stocker und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 26. Mai 1988 über die Errichtung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds geändert wird (63/A)

Anfragen der Abgeordneten

Svihalek und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Abgasemissionen von Kraftfahrzeugen (290/J)

Dr. Müller, Strobl und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Kostendeckung des Straßenverkehrs (291/J)

Neuwirth, Parnigoni und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend Finanzierung der Bergrettung (292/J)

Beginn der Sitzung: 12 Uhr 40 Minuten

Vorsitzende: Zweiter Präsident Dr. **Lichal**, Dritte Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**.

Präsident Dr. **Lichal**: Die Sitzung ist eröffnet.

Verhindert sind die Abgeordneten Rieder, Dr. Puntigam, Burgstaller, Scheucher, Kerschbaum, Dr. Ilse Mertel und Dr. Keppelmüller.

Einwendungen gegen die Tagesordnung im Sinne des § 50 GO

Präsident Dr. **Lichal**: Herr Abgeordneter Voggenhuber hat im Sinne des § 50 der Geschäftsordnung schriftlich Einwendungen gegen die ausgegebene Tagesordnung der 10. Sitzung erhoben.

Ich trete diesen Einwendungen nicht bei, weshalb der Nationalrat zu entscheiden hat.

Gemäß § 50 der Geschäftsordnung findet über solche Einwendungen eine Debatte statt, für die ich die Redezeit auf 5 Minuten beschränke.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Voggenhuber. Ich erteile es ihm unter neuerlichem Hinweis auf die Redezeitbeschränkung.

12.41

Abgeordneter **Voggenhuber** (Grüne): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Was wir hier erleben, ist die Galavorstellung: Parlamentarismus der Großparteien, zweiter Akt.

Ich kann die Meinung des Herrn Klubobmannes Neisser, die Öffentlichkeit würde nicht verstehen, was hier abläuft, nicht teilen. Ich meine, die Öffentlichkeit ist durchaus imstande, das Schmierentheater, das hier mit der Geschäftsordnung aufgeführt wird, mitzubekommen. Sie sind heute gezwungen, die vorgesehene Sitzung des Nationalrates von allen ordnungsgemäßen Tagesordnungspunkten „auszuplündern“, die einvernehmlich in den letzten Wochen für die Sitzung dieses Nationalrates vorgesehen waren. Sie sind gezwungen, die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Fristen mit Zweidrittelmehrheit aufzuheben. Sie sind weiters gezwungen, die parlamentarischen Rechte der Opposition drastisch einzuschränken. Sie sind zu einem Sitzungsgalopp gezwungen. Sie sind dazu gezwungen, morgen eine Sitzung einzuberufen — ohne Tagesordnung.

Sie sind weiters gezwungen, Blockredezeiten einzuführen. Sie werden gezwungen sein, im Ausschuß Redezeitbeschränkungen durchzuführen. Und Sie werden gezwungen sein, alle Repres-

sionsmaßnahmen gegen die Opposition dieses Hauses anzuwenden, und zwar in aller Brutalität und zum erstenmal in diesem Haus ohne jeden Konsens in der Präsidiale. Um was zu tun? — Um der Bevölkerung Österreichs das Recht zu nehmen (*Abg. Heininger*: Sie sind nicht die Bevölkerung!), über eine Änderung strafgesetzlicher Schutzbestimmungen, über die Neutralität eine öffentliche Debatte abzuhalten, einen politischen Willen herauszubilden.

Sie tun das, um das Parlament zu übergehen und um einen Initiativantrag, der gestern vormittag den Abgeordneten dieses Hauses bekanntgegeben ist, in 48 Stunden durch dieses Haus zu peitschen, ohne angemessene parlamentarische Debatte, ohne die Anhörung von Sachverständigen in den Ausschüssen, ohne eine ausführliche Debatte im Plenum und im Justizausschuß.

Das ist eine einmalige Vorgangsweise, und das bei einem Gesetz, das nicht irgendein Gesetz ist, sondern das die politische Identität Österreichs betrifft.

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien! Und da hoffen Sie, daß dieser Eiertanz mit der Geschäftsordnung, dieser Überfall auf das Parlament, dieser Mißbrauch des Parlaments durch Abgeordnete selbst, die Tatsache, daß sich Abgeordnete der Regierung als Handlanger zur Verfügung stellen, daß diese ganze Schmierenkommödie der Öffentlichkeit verborgen bleibt.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Heute und morgen hat dieses Haus zwei Themen zu klären:

1. Wie steht das Parlament zur Neutralität und zum Kriegsmaterialgesetz?

2. Wie steht dieses Haus zu den Grundprinzipien des Parlamentarismus und zu einer fairen, angemessenen Behandlung im Parlament?

Innerhalb von 24 Stunden gibt es eine Menge an Protesten aus allen Bereichen der Bevölkerung, und zwar bis in Ihre eigenen Parteien hinein: Proteste der Jungen SPÖ, Proteste von Pax Christi, Proteste von den Entwicklungshilfeorganisationen, Proteste von Hunderten von Einzelpersonen gegen diese Vorgangsweise in diesem Parlament.

Und ich frage Sie folgendes: Steht es wirklich dafür, daß hier Abgeordnete selbst den Parlamentarismus in Frage stellen, ihren eigenen Bekenntnissen der letzten Monate zu einem stärkeren Parlament hohnsprechen? Steht es wirklich dafür, die Opposition hier zu knebeln? Steht es wirklich

Voggenhuber

dafür, zwei Dutzend Ausnahmebestimmungen aus der Geschäftsordnung zu bemühen, ein Gesetz durchzupeitschen und der Regierung dieses Parlament als Büttel, als Vollzugsorgan ihres Willens zu übertragen? Steht all das wirklich dafür? *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Wenn wir hier diese mühsamen Geschäftsordnungsdebatten führen, so deshalb, weil wir Ihnen diese Entmündigung des Parlaments vor der Öffentlichkeit so schwer wie möglich machen wollen. Wir werden Sie nicht daraus entlassen, alle Ihre Repressionsinstrumente zu verwenden: den Ausschuß zu knebeln, die Abgeordneten mit Redezeitbeschränkungen zu knebeln. Sie werden vor aller Öffentlichkeit demonstrieren, daß Sie über dieses Parlament hinwegfahren, daß Sie dieses Parlament gerade für gut genug halten, als „Notar der Regierung“ diese Gesetze in 24 Stunden durchzupeitschen.

Dieses erbärmliche Schauspiel, zu dem Sie sich entschlossen haben, werden Sie hier liefern. Dazu werden wir Sie zwingen, nämlich zu dem Eingeständnis, daß Ihnen dieses Parlament nichts wert ist, daß Sie von Ihren Abgeordneten nicht einmal verlangen, daß sie eine Gesetzesmaterie studieren, daß sie Experten befragen können, daß sie Sachfragen stellen können . . .

Präsident Dr. Lichal: Herr Abgeordneter Voggenhuber, Sie müssen bitte zum Schluß kommen!

Abgeordneter **Voggenhuber** *(fortsetzend)*: Diese zwei Fragen werden heute im Parlament entschieden: Wie halten Sie es mit dem Parlamentarismus in Österreich? Wie halten Sie es mit der Neutralität? — Der Ansatz, den Sie dazu gewählt haben, ist wirklich außerordentlich kläglich. Das schadet nicht nur der Neutralität, sondern dem Parlamentarismus in Österreich. Daher unser heftigster Protest. *(Beifall bei den Grünen.)* 12.48

Präsident Dr. Lichal: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Schieder. Ich erteile es ihm.

12.48

Abgeordneter **Schieder** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt ein Sprichwort: Je schwächer die Argumente, desto stärker die Worte. — Abgeordneter Voggenhuber hat starke Worte gefunden. Er hat von „Schmierentheater“, „Brutalität“, „Repression“, „Mißbrauch“ und so weiter gesprochen.

Worum handelt es sich in Wirklichkeit? — Es handelt sich darum, daß eine Bestimmung der Geschäftsordnung geschäftsordnungsgemäß angewendet wird. Es ist das keine Ausnahmebestimmung, wie uns Voggenhuber weismachen wollte, keine Notbestimmung, sondern ein ganz regulärer Paragraph der Geschäftsordnung, der zur An-

wendung kommt, da es Abgeordnete so wollen. Es ist dies daher kein Mißbrauch eines Mechanismus, kein Gebrauch eines „Notmechanismus“, sondern es ist das eine ganz normale geschäftsordnungsgemäße Vorgangsweise, wie sie von den Grünen schon sehr oft in diesem Hause gewählt wurde.

Es kann doch nicht so sein, daß dann, wenn etwas von Ihrer Fraktion verwendet wird, das in Ordnung, gut ist, daß das ein demokratisches Recht ist, daß aber dann, wenn es irgend jemand anderer in diesem Hause wagt, denselben Paragraphen anzusprechen, das plötzlich als „Mißbrauch“, als „Brutalität“ und als „unfair“ bezeichnet wird. So geht das nicht.

Die Geschäftsordnung ist für alle da! Und Gebrauch von ihr zu machen ist keine Entmündigung des Parlaments, sondern ein normaler parlamentarischer Vorgang. Daß in dieser Sache selbst auch keine Entmündigung des Parlamentes stattfindet, wird die Öffentlichkeit ja sehen, denn sie wird sehen, wie sehr heute beziehungsweise morgen, und zwar in aller Ausführlichkeit, inhaltlich über diese Fragen gesprochen werden wird. Wir werden daher den Einwendungen des Kollegen Voggenhuber nicht folgen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)* 12.50

Präsident Dr. Lichal: Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Terezija Stoisits. Ich erteile es ihr.

12.50

Abgeordnete Mag. Terezija **Stoisits** (Grüne): Poštovane dame i gospode! Liebe Österreicherinnen und Österreicher! Worum es heute hier geht, das sind keine Geschäftsordnungstricks. Worum es heute geht, das ist Krieg oder Frieden. *(Heiterkeit bei SPÖ, ÖVP und FPÖ. — Abg. Dr. Fuhrmann: Wir entscheiden das?)* Hier geht es heute darum, daß unsere Fraktion — meine Freundinnen und Freunde da oben auf der Galerie — diese Vorgangsweise, durch welche die Österreicherinnen und Österreicher in Form ihrer Vertretung hier vergewaltigt werden, innerhalb von 24 Stunden einem Gesetz zuzustimmen, akzeptieren soll, wo draußen seit Tagen und Wochen Menschen protestieren, wo täglich unzählige Briefe kommen und uns die Leute bitten: Bitte, stimmt dieser Vorgangsweise nicht zu! Bitte, ihr seid die einzigen, auf die wir uns verlassen können! Bitte, tut es nicht!

Und Sie gehen her und werfen uns Geschäftsordnungstricks vor?! Was wir im Sinne haben, ist ein absolut ernsthaftes Anliegen. Was wir wollen, ist, daß Österreich die Möglichkeit hat, über die Aufgabe und Preisgabe der österreichischen Neutralität, über die Durchfuhr von Atomwaffen durch Österreich zu diskutieren. Wir wollen, daß die österreichische Bevölkerung in Form ihrer

Mag. Terezija Stoisits

Vertretung hier die Möglichkeit hat, zu erfahren, was hier passiert, zu erfahren, was vielleicht morgen schon sein kann, zu hören, was in diesem Gesetz steht, welche Absichten wahrlich dahinter stehen. Das ist es, was wir wollen. *(Beifall bei den Grünen.)* Wir wollen keine Tricks anwenden.

Und nun zu Ihrem Vorhalt, Herr Abgeordneter Schieder: Bitte nennen Sie mir jenes Gesetz, das die Grünen in den letzten vier Jahren in 24 Stunden durchgepeitscht haben! Bitte nennen Sie es mir! *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Schieder: Geschäftsordnungseinwendungen sind von euch sehr oft gekommen! — Ruf bei der ÖVP: Wollen Sie größenwahnsinnig werden?)* Mir ist das nicht bekannt, und darum lasse ich mir hier von Ihnen nicht vorwerfen, daß wir Mißbrauch treiben. Wenn hier jemand Mißbrauch treibt, dann sind es die zwei großen Blöcke hier, die „stille Regierungsvorlagen“ in Form von Initiativanträgen einbringen. Nicht wir sind es, die hier Mißbrauch treiben. Wir wollen versuchen, unser Mandat, das wir hier haben, ernsthaft auszuüben und der österreichischen Bevölkerung durch eine ausgedehnte und gute Debatte zu zeigen, worum es hier eigentlich geht. *(Abg. Dr. Neisser: Es verbietet Ihnen niemand zu reden!)*

Aber damit sich die Damen und Herren im Plenum ein bißchen beruhigen, erlauben Sie mir, daß ich Ihnen etwas vorlese. *(Ruf: Aufgeregt sind nur Sie!)*

Bertolt Brecht, zum Wiener Völkerkongreß für den Frieden 1952:

„Das Gedächtnis der Menschen für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben. Ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen zu uns, heute schon wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was wir noch vor uns haben, aber so wenig tun sie dagegen. Laßt uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zuwenig gesagt wurde! Laßt uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind, denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind. Und sie werden kommen, ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“ *(Beifall bei den Grünen.)* 12.55

Präsident Dr. Lichal: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Dr. Madeleine Petrovic. Ich erteile es ihr.

12.55

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (Grüne): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Diese Geschäftsordnungsdebatte verdeckt das in

Wahrheit dahinter stehende materielle Problem, nämlich die Frage, wie ernst Österreich seine in Verfassungsrang stehende immerwährende Neutralität nimmt, oder ob auf Geheiß der Regierung bei der erstbesten Gelegenheit diese immerwährende Neutralität aufgeopfert werden soll, indem Österreich in einen Krieg — ein solcher ist es — hineingezogen werden soll, der von den Österreicherinnen und Österreichern nicht gewollt ist.

Auch Sie haben in Ihren Postfächern unzählige Briefe vorgefunden, auch Sie haben die Delegationen von Schülern, von Studenten, von Leuten aus allen Teilen des Landes gesehen, die vor dem Haus gestanden sind und demonstriert haben, weil sie nicht wollen, daß Österreich in diesen Krieg hineingezogen wird. Und Sie setzen sich über alle parlamentarischen Gepflogenheiten hinweg, indem Sie dieses Gesetz durchpeitschen.

Es gibt viele grüne Anträge — ich kann sie aufgrund Ihrer Redezeitbeschränkung nicht ausführen — in den Bereichen Friedenspolitik und Bundesheer, in den Bereichen Polizei, EG-Politik, Außenpolitik und Minderheitenpolitik, die über Jahre hinweg nicht einmal einem Ausschuß zugewiesen wurden. Da werfen Sie uns vor, daß wir uns beschweren und aufzeigen, wie skandalös es ist, daß Sie hier in 24 Stunden — ohne ordentliche Debatte — die österreichische Neutralität aufs Spiel setzen.

Das Strafgesetzbuch ist nicht irgendein Gesetzbuch. Es ist zwar formal ein einfaches Gesetz, es ist aber materiell ganz besonders bedeutend im Hinblick auf die Rechtssicherheit und auf die Rechtsstaatlichkeit. Die Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können: Was Rechts ist in diesem Staat, das darf nicht über Nacht geändert werden.

In Wahrheit verschleiern Sie dadurch, daß die Bundesregierung andauernd jetzt drauf und dran ist, das Strafgesetz zu brechen. In Wahrheit haben Sie Angst, die nächsten Regierungsmitglieder an die Strafgerichtsbarkeit zu verlieren. *(Beifall bei den Grünen.)*

Sie benützen dieses Parlament als Instrument dazu, Ihre Vorgangsweise zu rechtfertigen. Ich habe es Ihnen vorher schon gesagt, aber Sie wollen es offensichtlich wirklich, daß ein altbekanntes Sprichwort bald schon heißt: „Die kleinen Gauner hängt man, die großen ändern sich das Strafgesetzbuch selbst.“ *(Beifall bei den Grünen.)*

Im übrigen bin ich der Meinung, daß Tierversuche aufgrund ihrer verheerenden Auswirkungen auf Menschen und Mitwelt abzuschaffen sind. *(Beifall bei den Grünen.)* 12.58

Präsident Dr. Lichal

Präsident Dr. **Lichal**: Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Marijana Grandits. Ich erteile es ihr.

12.58

Abgeordnete Mag. Marijana **Grandits** (Grüne): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wundere mich über die fehlende Sensibilität und über das fehlende Einschätzungsvermögen unserer Bundesregierung.

Meine Vorrednerinnen und -redner haben schon darauf hingewiesen, daß wahrscheinlich alle hier im Plenarsaal versammelten Abgeordneten dieselben Protestbriefe und Ansuchen erhalten haben wie auch wir. Und hier tut man so, als würde ganz Österreich der Änderung unserer Neutralität und des Strafgesetzbuches entgegenfiebert, als würde die Bevölkerung darauf warten, bei diesem Krieg mitzumachen, und als würde das eine ganz kleine harmlose, nebensächliche Angelegenheit sein, derentwegen man Tagesordnungen umschmeißen könnte. Wichtige Angelegenheiten, wie zum Beispiel den Zustandsbericht über den österreichischen Wald, kehrt man einfach vom Tisch bis zum nächsten Mal und ähnliches mehr.

All das geschieht mit dem Argument: Wir müssen ja internationale Solidarität wahren.

Ich möchte Ihnen sagen, daß die Menschen draußen, daß die Österreicherinnen und Österreicher sehr wohl verstanden haben und ganz genau wissen, worum es geht. Es geht um die österreichische Identität, um die Frage, wie in Zukunft dieses Verständnis eines immerwährend neutralen Staates auch international gewertet werden kann.

Da Sie all diese Protestbriefe negieren und anscheinend nicht wahrhaben möchten, will ich nur einige zitieren:

„Mit Bestürzung habe ich vernommen, daß am nächsten Mittwoch im österreichischen Nationalrat eine Änderung des Kriegsmaterialien- und Strafgesetzes stattfinden soll, mit der anlässlich des Konfliktes im Golf die Teilnahme an Polizeiaktionen der UNO als neutralitätskonform erklärt werden soll. Ohne von der UNO dazu aufgefordert zu sein, scheinen österreichische Parlamentarier bereit zu sein, im vorausseilenden Gehorsam Österreich von der bewährten Funktion eines Vermittlers in internationalen Konflikten in die einer Konfliktpartei zu bringen.“ Versehen mit 50 Unterschriften aus den verschiedensten sozialen und politischen Lagern Österreichs.

Ein anderes Beispiel — ist übrigens ergangen an alle Klubs des Parlaments —:

„Mit Bestürzung nehmen wir das Verhalten der Republik Österreich in der Golfkrise zur Kenntnis. Anstatt seiner Rolle als neutraler Staat mit

Friedensvorschlägen und Vermittlungsinitiativen, die auf unmißverständliche, aber gewaltfreie Maßnahmen gegen die unentschuld bare Völkerverletzung durch den Irak abzielen, gerecht zu werden, paßt Österreich nationale Gesetze, die als Interpretation unserer Neutralität zu verstehen sind, nach Opportunität den internationalen Machtverhältnissen an.“ — Der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik, ähnliche Briefe von anderen entwicklungspolitischen Organisationen.

Eine Aussendung von Pax Christi, 15. Jänner 1991:

„Die Wiener Sektion der kirchlichen Friedensbewegung Pax Christi warnte Dienstag in einer an Bundeskanzler Franz Vranitzky übermittelten Stellungnahme davor, die österreichische Neutralität aufzuweichen. Wir brauchen uns weder als Mitglied der UNO noch als EG-Kandidat für unsere Neutralität zu entschuldigen. Ganz im Gegenteil, Österreich sollte auf seine Neutralität stolz sein und laut seine Stimme gegen jedes Unrecht erheben.“

Noch ein letzter Hinweis. Auch Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, sollten die eigenen Proteste kennen. Die Junge Generation hat uns alle hier im Saal aufgefordert, dieser Änderung des Kriegsmaterialiengesetzes aufgrund der besonderen Vorgangsweise nicht zuzustimmen. Soweit ich aus den Medien erfahren habe, liegt eine ähnliche Forderung der SPÖ Vorarlberg vor, die auch ihre Abgeordneten bittet, solchen Gesetzen nicht zuzustimmen. *(Beifall bei den Grünen.)* Da werfen Sie uns, der Oppositionspartei, Aggression und nicht gerechte Vorgangsweisen vor?

Ich frage mich: Sind Sie alle so blind und wollen überhaupt nicht mehr wahrhaben, was sich in Österreich tut? Denn die Leute draußen wissen genau, worum es geht. Anscheinend will man das hier herinnen und in der österreichischen Bundesregierung nicht wahrhaben. *(Beifall bei den Grünen.)* 13.04

Präsident Dr. **Lichal**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wabl. Ich erteile es ihm.

13.04

Abgeordneter **Wabl** (Grüne): Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schieder hat uns hier in wunderbarer Redekunst gezeigt, wie einfach die Welt ist. Einmal benützen die einen die Geschäftsordnung und einmal halt die anderen. Einmal schauen die ganz genau hinein in das Geschäftsordnungsgesetz und einmal halt die anderen. *(Abg. Schieder: Alle Abgeordneten sind gleich! Es gibt keine gleicheren! Da ist kein Snowball und kein Napoleon!)* Alle Abgeordneten sind gleich. Es gibt aber — und das dürfte dem

Wabl

Abgeordneten Schieder entgangen sein — Abgeordnete, die bringen hier in diesem Haus Anträge ein, sitzen für einen solchen Antrag mit Fachleuten, Wissenschaftlern, Aktivisten monatelang zusammen, schreiben diesen Antrag und bringen ihm hier in diesem Hohen Haus ein. Dieser Antrag wird dann wohl zugewiesen, weil das ja nicht zu vermeiden ist, kommt also in einen Ausschuß hinein. Dann gibt es auch wieder Fristen — sechs Monate, glaube ich —, dann muß er einmal auf die Tagesordnung. Dann denkt man sich: Was macht man mit diesem lästigen Antrag der Opposition? Die haben sich zwar hingesetzt, sind monatelang dabei gesessen und haben gearbeitet, was macht man mit solch einem Antrag? Die „Geschäftsordnungskönige“ der SPÖ und der ÖVP wissen, was man da tut: Man gründet einen Unterausschuß, der dann bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag vertagt wird!

So kommt es, daß zwar alle Abgeordneten hier gleich sind, Herr Schieder, Herr Voggenhuber und Herr Steinbauer, aber die Anträge der Grünen, die liegen satte vier Jahre ab. Das ist der kleine Unterschied, Herr Abgeordneter Schieder, aber das ist nicht unbedingt Gegenstand der heutigen Problematik.

Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Stoisits hat ja schon gesagt, es geht um Krieg und Frieden, und hat das so vorgetragen, daß sich einige offensichtlich aufgrund ihrer Gemüts- oder sonstigen Lage bemüßigt gefühlt haben, darüber zu lachen.

Meine Damen und Herren! Dieses Gelächter verstehe ich sehr wohl. Unser Beitrag in dieser ganzen Auseinandersetzung kann nur bescheiden sein. Unser Beitrag in dieser Auseinandersetzung, wo es um Krieg und Frieden geht, kann nur ganz, ganz winzig sein, unserem Land entsprechend, unserem neutralen Land entsprechend. Aber, daß wir nicht bereit sind, diesen Beitrag für den Frieden, einen Beitrag, den wir leisten könnten, gut zu überlegen, gut zu durchdenken, in der breiten Öffentlichkeit zu diskutieren, das, meine Damen und Herren, kann ich nicht verstehen. Ich verstehe das Gelächter: Was sollten denn wir Österreicher, wir armen Würstel, tun? Was sollen wir den in diesem großen Welttheater machen, wenn der Herr Bush und der Herr Hussein meinen . . . ?

Meine Damen und Herren! Es steht für die Grünen außer Streit, daß Österreich alle Sanktionen, alle Maßnahmen, die einen kriminellen Diktator hindern sollen, weitere Aggressionen durchzuführen und weitere Menschenrechtsverletzungen durchzuführen, mittragen soll. Wir unterstützen alles, mit Ausnahme einer einzigen Sanktion, nämlich der des Krieges.

Es ist nicht so, wie einige hier der Öffentlichkeit weismachen wollen, daß es bereits ein inter-

nationales Sicherheitssystem geben würde, vergleichbar mit den nationalen Sicherheitssystemen Polizei oder ähnlichem, wo sozusagen dann eine Exekutive etwas exekutiert und der UNO-Generalsekretär sozusagen der Feldherr bei dieser Sanktion, bei dieser Polizeiaktion, wäre. Nein, meine Damen und Herren, das haben wir nicht, sondern wir haben eine Weltmacht, die in verschiedenen Ländern verschiedene moralische und politische Maßstäbe anlegt. Wie es ein ehemaliger Präsident der Vereinigten Staaten deutlich ausgedrückt hat: Es geht hier den Vereinigten Staaten nur um wirtschaftliche Angelegenheiten. Das, was Sie hier suggerieren, findet nicht statt.

Jetzt kommt Ihr bescheidener Vorschlag. Ihr bescheidener Beitrag zu dem, was hier unter „Kriegsangst“ als Schlagzeile steht. Ihr bescheidener Beitrag ist, auch wenn er nur ganz, ganz klein ist: Wir sagen ja dazu, daß Kriegsmaterial über österreichisches Territorium geflogen wird.

Warum schauen Sie denn nicht in die Schweiz, die eine ganz klare deutliche Haltung hat? Warum wollen Sie denn diesen bescheidenen, fahrlässigen, meines Erachtens unverantwortlichen Beitrag leisten?

Ich möchte Sie ersuchen, darüber noch nachzudenken. Ihr Beitrag wird vielleicht dann in den Geschichtsbüchern nur in einer Fußnote erwähnt werden. Österreich hat seine Neutralität preisgegeben, und der österreichische Nationalrat hat in einer sehr eiligen Sitzung dieses ermöglicht. *(Beifall bei den Grünen.) 13.09*

Präsident Dr. Lichal: Zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Christine Heindl. Ich erteile es ihr.

13.10

Abgeordnete Christine Heindl (Grüne): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! „Mit Bestürzung nehmen wir das Verhalten der Republik Österreich in der Golfkrise zur Kenntnis. Anstatt seiner Rolle als neutraler Staat mit Friedensvorschlägen und Vermittlungsinitiativen, die auf unmißverständliche, aber gewaltfreie Maßnahmen gegen die unentschuld bare Völkerrechtsverletzung durch den Irak abzielen, gerecht zu werden, paßt Österreich nationale Gesetze, die als Interpretation unserer Neutralität zu verstehen sind, nach Opportunität den internationalen Machtverhältnissen an.“

Durch die Liberalisierung des Kriegsmaterialgesetzes werden österreichische Waffenlieferungen in das Krisengebiet am Golf ermöglicht. Fragen von Krieg und Frieden sind Gewissensentscheidungen, von denen keine Klubloyalität dispensiert. Wir fordern Sie daher auf — eindringlich —, der Gesetzesänderung nicht zuzustimmen

Christine Heindl

oder zumindest aus Protest gegen diese Abstimmung den Raum zu verlassen.

Maßnahmen zur Schadensbegrenzung und die Vorbereitung auf den Ernstfall können eine klare und konsequente Friedenspolitik und die Umsetzung des UNO-Prinzips ‚Abrüstung für Entwicklung‘ nicht ersetzen. Dazu gehört auch das Eintreten für die sofortige Abhaltung einer umfassenden Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten.“

Meine Damen und Herren! Ich habe das, wie Sie hoffentlich bemerkt haben, gelesen. Es war nicht meine freie Rede. Es ist die Aufforderung des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik. Meine Kollegen haben immer wieder betont, wie viele Menschen uns aufrufen, diesen Gesetzesänderungen nicht zuzustimmen, alles zu tun, um sie zu verhindern. In dieser Organisation für Entwicklungspolitik sitzen auch Abgeordnete und Regierungsmitglieder, Abgeordneter Svihalek und Dr. Peter Jankowitsch.

Ich würde Sie auffordern, entweder dieser Aufforderung nachzukommen und auch heute zu trachten, daß diese Maßnahmen nicht gesetzt werden, daß hier nicht derartige Dinge in 24 Stunden durchgepeitscht werden, oder eben aus dem Beirat zurückzutreten und klar und deutlich der Öffentlichkeit zu erklären, daß Friede für österreichische Abgeordnete kein Wert ist, um den es sich zu kämpfen lohnt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich glaube, daß wir es uns nicht so leicht machen können wie manche Schulbuchautoren — das ist jetzt vielleicht ein sehr kleiner Vergleich, wenn man bedenkt, daß es jetzt um Leben und Tod geht —, die einfach in Schulbüchern alle Sätze wie: Wir können der EG nicht beitreten, weil wir neutral sind, bei der nächsten Ausgabe herausstreichen. Genau dieses schnelle Ho-ruck-Herausstreichen der Neutralität aus dem Selbstverständnis des Staates Österreich soll hier und heute passieren.

Das ist eine Entmündigung des Parlaments, gegen die wir uns als Fraktion der Grünen Alternative auch im Namen all derjenigen, die in den letzten Tagen sehr laut und sehr intensiv dagegen protestiert haben, zur Wehr setzen. Ich verwahre mich im Namen der Grünen Alternative gegen die Entmündigung jedes einzelnen Abgeordneten.

Wir werden hier reduziert auf eine Tagesordnung, bei der ich mich frage: Ist das bitte unsere Arbeit als Parlamentarier? Ist das unsere Auseinandersetzung, unser ernsthaftes Tun hier in diesem Hohen Haus? Wir gelten als Spitzenpolitiker. Wo ist hier bitte der Parlamentarismus? Wo ist mein Arbeitsgebiet? Wo haben wir Möglichkei-

ten, die Anliegen, die die österreichische Bevölkerung hat, wirklich ernst zu nehmen, in die Diskussion einzubringen?

Wir werden reduziert mit Redezeitbeschränkungen, wir werden reduziert auf Tagesordnungen, die aus Fragestunden bestehen, nur um jetzt Maßnahmen zu setzen, die im vorausseilenden Gehorsam unserer Bundesregierung möglicherweise zu verstehen sind, die aber nicht zu verstehen sind mit dem Selbstbewußtsein von Parlamentariern.

Wir haben bei der letzten Monsterregierungserklärung sehr viele schöne Worte gehört, die Taten dahinter erleben wir heute. Die schönen Worte waren „starke Parlamente“, wie der Herr Bundeskanzler immer wieder betont hat. Nur, die starken Parlamente bestehen heute darin, daß wir hier sitzen, alle unsere wichtigen Anliegen nicht diskutiert werden, aber Gesetze, die derart einschneidende Maßnahmen treffen, einfach durchgepeitscht werden. Wir müssen einfach ja und amen dazu sagen.

Als emanzipierte und wirklich freie Mandatarin fordere ich jeden einzelnen auf, bei diesem bösen Spiel nicht mitzumachen.

Ich möchte noch einmal zurückgehen auf diesen Punkt, als ich Lehrerin war. Es heißt immer wieder, wir würden — das sind Angriffe gegen Lehrer . . .

Präsident Dr. Lichal: Frau Abgeordnete! Sie müssen leider zum Schluß kommen. Ihre Redezeit ist zu Ende!

Abgeordnete Christine Heindl *(fortsetzend)*: . . . im Bereich politische Bildung „Märchenstunden“ abhalten. Was ich hier heute erlebe, ist nicht das Abhalten einer Märchenstunde in einer Schule, wo man sich vielleicht Fehler erlauben darf, sondern hier geschieht Politik, hier wird entschieden, und da sollte man sich auf ein wesentlich höheres Niveau begeben, um nicht steckenzubleiben in Übungen der Entmündigung, die wir heute hier betreiben. Das, was heute hier passiert, wird dann nicht mit einer Note zwischen 1 und 5 bewertet, sondern hier wird bewertet mit: Ist Österreich jetzt weiter ein neutraler Staat, tritt Österreich für den Frieden ein, oder tritt Österreich für eine Kriegsmaschinerie ein? Das wird heute hier entschieden.

Ich glaube, es wäre wirklich wert, sich das bewußtzumachen und nicht so zu tun, als ob es hier um nichts anderes ginge als zu sehen, wie stark die Grünen sind und ob sie sich durchsetzen können oder nicht. *(Beifall bei den Grünen.) 13.15*

Präsident Dr. Lichal: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Anschöber. Ich erteile es ihm.

Anschöber

13.16

Abgeordneter **Anschöber** (Grüne): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich bin jetzt drei Monate in diesem Hohen Haus, arbeite seit drei Monaten hier, und was ich in diesen drei Monaten gehört habe, war von der Rhetorik her manchmal wirklich begrüßenswert. Da wurde davon gesprochen, daß es lange vorbei ist, daß die herrschende Politik in Österreich von der Durchziehermentalität beherrscht wird. Es wurde viel gesprochen und viel versprochen bei der Regierungserklärung über die Mündigmachung und die Entfesselung dieses Parlamentarismus in Österreich. Da wurde auch über die Würde dieses Hohen Hauses viel gesprochen, und dies zu meiner Ansicht nach manchmal sehr fragwürdigen Anlässen.

Was hier und heute passiert, das ist die größte Verletzung der Würde dieses Parlamentarismus und dieses Hohen Hauses in den letzten Jahren. Was hier passiert, das ist das Durchziehen und Überwälzen von zwei politisch schwerwiegenden Schlüsselfragen innerhalb von 24 Stunden. Sie wollen behaupten, daß 24 Stunden ausreichend sind, die Schwerpunktfragen von Neutralität und Parlamentarismus ausführlich zu diskutieren. 24 Stunden für ein Kriegswaffenexportgesetz, das diese Neutralität schwerwiegend beeinträchtigt und beeinflußt! Darüber kann und darf doch bitte sehr kein Zweifel herrschen, daß in dieser kurzen Zeit eine ausführliche, ausreichende Debatte unmöglich ist.

Wenn Sie diese einschneidende Veränderung der Neutralität, des eigentlichen Schlüssels dieses Landes, auch des sicherheitspolitischen Schlüssels dieses Landes, so fortsetzen, so machen Sie sich hier zum politischen Steigbügelhalter einerseits einer Waffenindustrie in Österreich, die wieder mit neuen Spekulationen, mit neuen gewinnträchtigen Überlegungen auf der Bühne ist, und Sie machen sich zum politischen Steigbügelhalter jener, die sich seit Monaten, seit Jahren als Neutralitätsaushöhlen in dieser politischen Landschaft bemerkbar machen.

Wenn dieses Parlament diese Selbstknebelung akzeptiert, degradiert es sich zur Vollzugsanstalt, zum Vollzugsorgan einer Regierung und zur undemokratischen Dampfwalze. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist doch bezeichnend, daß Sie in diesen beiden entscheidenden Schlüsselfragen mit diesen Geschäftsordnungstricks, mit dieser Durchziehermentalität natürlich schlicht und einfach vermeiden wollen, daß eine öffentliche Diskussion zu diesem Thema stattfindet. Die wollen Sie vermeiden, davor haben Sie Angst, der gehen Sie aus dem Weg, deswegen wollen Sie abkürzen. Glauben Sie denn wirklich, daß diese Beschlußfassung des neuen Kriegsmaterialienexportgesetzes dann

noch möglich wäre, wenn dieser drohende Krieg bereits stattfindet? — Sie wissen genau, daß das dann nicht mehr möglich ist. Deswegen diese Eile, deswegen dieser Druck!

Es geht hier um Krieg und Frieden. Manche Leute haben hier — und das hat mich wirklich erschauern lassen — mit Gelächter geantwortet auf diese Feststellung der Frau Abgeordneten Stoisits. Es geht um Krieg und Frieden für Menschen, es geht um Krieg und Frieden für die Natur, es geht auch um die Frage einer drohenden unanschätzbaren ökologischen Katastrophe.

Niemand kennt die Dimensionen. Niemand weiß, ob die Vorhersagen einer drohenden Klimakatastrophe zum Beispiel stimmen. All das wird in 24 Stunden diskutiert. Der österreichische Beitrag zu dieser Frage ist ein Beitrag, der voller Zynismus die Neutralität in Frage stellt, ist ein Beitrag zur Unterstützung eines Krieges.

Meine Damen und Herren! Dieses Signal läßt mich erschauern, deprimiert mich und ängstigt mich. *(Beifall bei den Grünen.)* 13.21

Präsident Dr. **Lichal**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Pilz. Ich erteile es ihm.

13.21

Abgeordneter Dr. **Pilz** (Grüne): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Na, das „sehr verehrt“ können wir am heutigen Tag eigentlich ruhig streichen: Meine Damen und Herren! *(Abg. Schieder: Das „meine“ können Sie auch streichen!)* Sie haben es geschafft, in zwei Tagen, am heutigen Tag und am morgigen Tag, dieses Österreich, diese Republik, die Sie politisch vertreten sollen, zu einer Bananenrepublik zu machen. Sie haben zwei Gründe dafür, und Sie trauen sich nicht, diese Gründe auszusprechen.

Grund Nummer eins: Es gibt — das wissen wir alle — enormen Druck von seiten der USA, österreichische Gesetze zu verändern, daß Österreich — zumindest indirekt — einen Beitrag zur Aggression am Golf leistet, zum bevorstehenden Massenmord, zur Massenschlächtereie am Persischen Golf.

Die meisten von Ihnen wissen nicht, was im Außenpolitischen Rat passiert ist, daß unsere außenpolitische Sprecherin Marijana Grandits dort den Antrag gestellt hat, Österreich möge doch Schritte unternehmen, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einzuberufen. Aber unser Außenminister hat in seiner unnachahmlichen Art eine politische Erklärung mit folgendem Inhalt abgegeben: „Na, Frau Abgeordnete, das geht ja nicht, denn dann wären ja die Amerikaner böse.“ Das ist der erste Grund. *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Sie waren nicht dabei! — Abg. Dr. König: Das ist unrichtig!)* Die Amerikaner

Dr. Pilz

könnten böse sein, und deswegen . . . (*Abg. Dr. König: Ich war dabei, Sie nicht!*) Wissen Sie, was, Herr Dr. König: Jemand, der wie Sie alle Arten von Menschenrechten, die es auf dieser Welt nur gibt, für Regimes wie zum Beispiel Südafrika, mit den Füßen getreten hat (*Abg. Dr. Schwiemer: Da gehört ein Ordnungsruf!*), hat kein Recht, das zu korrigieren, was eine Grün-Abgeordnete, die im Gegensatz zu vielen anderen hier in diesem Hohen Hause immer der Wahrheit verpflichtet war, der Öffentlichkeit erklärt, irgendwo noch zu korrigieren. Das ist einmal der erste Punkt.

Sie taumeln politisch hinter den Amerikanern in einem Ölkrieg nach und sind bereit, dafür alles, was es an Grundgesetzen und Grundwerten in dieser Republik gibt, über Bord zu werfen.

Zweitens: Sie haben aus NORICUM eines gelernt: daß man, wenn man Waffen verschiebt oder an internationalen Waffenschiebereien beteiligt ist, und seien es „nur“ — unter Anführungszeichen — Tausende Kriegsmateriallieferungen der USA über österreichisches Hoheitsgebiet an den Golf, sich die Gesetze zurechtbiegen muß, um nicht für Verletzungen der Neutralität und des Kriegsmaterialgesetzes ins Gefängnis zu müssen. Sie „schustern“ sich österreichische Gesetze zurecht, um etwas begehen zu können, was nach heutigem Rechtsstand schwer kriminell ist. Eine Bundesregierung, die in ungefähr 1 500 Fällen in den letzten Monaten schwer kriminell geworden ist und Verbrechen gegen die Neutralität und das Kriegsmaterialgesetz begangen hat, will das jetzt hier unter Mißbrauch und Vergewaltigung der parlamentarischen Geschäftsordnung reparieren. (*Beifall bei den Grünen.*)

Sie machen Österreich zu einer Bananenrepublik von Waffenschiebern und von amerikanischen Kriegshetzern. Das ist der Punkt, warum Sie die Tagesordnung schwerst mißbrauchen. Hier sitzen 141 „Bananenparlamentarier“, die die letzte Achtung vor diesem Parlament verloren haben, 141 Bananenparlamentarier, die nicht bereit sind, dieses Haus und seine Regeln zu achten. (*Zwischenrufe.*) Ich werde es Ihnen noch . . .

Präsident Dr. Lichal: Herr Abgeordneter Dr. Pilz! Bitte mäßigen Sie sich etwas in Ihrer Ausdrucksweise.

Abgeordneter Dr. Pilz (*fortsetzend*): Ich habe Gründe, Herr Präsident, mich nicht zu mäßigen. Ich habe Ihnen etwas mitgebracht. Wissen Sie, was das ist? Das ist ein Näpfchen (*der Redner zeigt es*), ein Teil einer Patrone. Das hat mir ein österreichischer Arbeiter aus dem Irak mitgebracht. Das wird von österreichischen Firmen und österreichischen Arbeitskräften im Irak ge-

fertigt. Mit diesen Patronen will Saddam Hussein jetzt seinen Ölkrieg führen.

Ich werde Ihnen morgen Dokumente vorlegen, die den Verdacht nähren, daß österreichische Firmen an Chemielieferungen für die Giftgasproduktion im Irak beteiligt sind. Und ich weiß ganz genau, warum Sie etwa seit Monaten verhindern, daß eine Aufstellung österreichischer Chemielieferungen an den Irak die Öffentlichkeit erreicht.

Meine Damen und Herren! Ich werde nicht lockerlassen. Mit Ihren Gesetzesmanipulationen in diesem Haus, die streng geschäftsordnungsgemäß sind, werden Sie nicht erfolgreich sein in Ihrem Bemühen, hier zu verschleiern, daß Österreich in höchstem Maße unter Mitwirkung der Bundesregierung kriminell geworden ist.

Ein letztes Wort zu Ihnen, Herr Bundeskanzler: Sie haben bereits einmal in diesem Jahr in einer Situation, wo Österreich größte Gefahr gedroht hat, Ihre Kinder vorgeschickt. Das war in der Sache Bohunice der Fall, wo Sie selbst kläglich versagt haben. Es sind dann die Vranitzky-Kinder vorgeschickt worden, um das Problem zu lösen.

Ich ersuche Sie nur, über eines nachzudenken: Wären es nicht Araber und schlechtbezahlte amerikanische Soldaten, sondern wäre es Ihr Sohn, der jetzt im Golfkrieg sein Leben für Erdöl aufs Spiel setzen müßte, würden Sie dann politisch auch so entscheiden? Ich frage Sie, ob Sie das Leben eines Ihnen Nahestehenden mit dieser Leichtfertigkeit, mit dieser Schlampigkeit und mit dieser groben Fahrlässigkeit aufs Spiel setzen würden. Aber es geht nur um Zehntausende Araber, und es geht nur um Zehntausende schlechtbezahlte amerikanische Soldaten. Deren Schicksal ist Ihnen Wurscht. Und für deren Schicksal und unter Ignoranz ihres Schicksals sind Sie bereit, für Erdöl und für amerikanisches Geld das Leben von Zehntausenden Menschen mit aufs Spiel zu setzen.

Der heutige Tag ist ein Tag der Schande dieses Parlaments. Wir zehn Abgeordnete, als eine kleine Minderheit, die weiter für Frieden, für internationale Ordnung, Solidarität und Demokratie und gegen Krieg eintritt — wir sind eine Minderheit von nur zehn Abgeordneten —, werden diesen Tag nützen, der Weltöffentlichkeit zu dokumentieren, daß es neben 141 „Bananenparlamentariern“ zumindest 10 Parlamentarier in diesem Haus gibt, die ihre Aufgabe ernst nehmen. (*Beifall bei den Grünen.* — *Abg. Dr. Kohl: Bitte, was heißt denn das?* — *Abg. Dr. Höchl: Sie sind ein unmöglicher Marxist und ein Linksfaschist!* — *Abg. Dr. Schwiemer: Von Linksfaschisten brauchen wir uns nicht beschimpfen zu lassen!*)

13.28

Präsident Dr. Lichal

Präsident Dr. **Lichal**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Steinbauer. Ich erteile es ihm.

13.28

Abgeordneter **Steinbauer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich mit dem Abgeordneten Pilz eigentlich nicht über Bananen unterhalten, denn das, was er hier getan hat, war schlechthin eine geschmacklose Vereinfachung einer Situation, die uns allen in ihrer Schwierigkeit bewußt ist. Denn, Herr Kollege Pilz, ich frage Sie — denken wir daran, was am 2. August geschehen ist —, ob Sie in den dreißiger Jahren, als ein Nachbar in Österreich einmarschiert ist und ein kleines Land über Nacht besetzt wurde, auch der Meinung gewesen wären, es zahle sich nicht aus, daß dann andere meinen, dies sei gegen den Sinn von Völkerrecht und Völkergemeinschaft. Ist es möglich, in den neunziger Jahren das zu tun, was schrecklicherweise in Österreich in den dreißiger Jahren geschehen ist?

Das kann man nicht mit Bananen und direkten Angriffen und auch nicht mit verbalen Emotionen der letzten Redner der grünen Fraktion beantworten. Sie vereinfachen in einer Weise, die unzulässig ist. Ich möchte es an einem Beispiel darlegen.

Wir reden hier in einer Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob morgen in aller Öffentlichkeit diskutiert werden soll, ob ein Paragraph, nämlich die Unterstützung von von der UNO beschlossenen Aktionen — ja oder nein? — und die Bewilligung im Einzelfall, die dann immer noch verweigert werden kann, beschlossen werden soll oder nicht. Wir wollen, daß dies bis morgen beschlossen werden soll, weil wir alle wissen, daß am 15. Jänner eine Frist abgelaufen ist. Und da können Sie mit Zitaten und verbalen Auswüchsen nicht durchkommen.

Aber es ist wirklich unpassend, in diesem Zusammenhang das zu tun, was Kollegin Stoitsits getan hat. Kollegin Stoitsits hat hier Brecht zitiert und hat uns auch noch die Quelle angegeben. — Kollegin, vielleicht sind Sie zu jung, aber Brecht hat dies am Weltfriedenskongreß gesagt, und die führende Hand dieses Weltfriedenskongresses 1952 hieß Jossif Wissarionowitsch Stalin. Der war damals noch der „Vater des Vaterlandes“. Dies heute angesichts der Ereignisse in Litauen zu zitieren, ist sicher nicht nur geschmacklos, sondern das ist schlechthin falsch und unzulässig! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Abg. Dr. Kohl: Dumm!*)

In Wahrheit haben Sie uns hier dargestellt als eine Gruppe, die niederwalzt. Bitte, die Geschäftsordnung ist mit Maß anzuwenden, aber die Geschäftsordnung ermöglicht uns auch, Fristen zu beschließen. Die Geschäftsordnung läßt zu,

daß wir in einer außerordentlichen Situation — und wollen Sie vielleicht bestreiten, daß angesichts der Fristsetzung vom 15. Jänner eine außerordentliche Situation gegeben ist? — überlegen, welche Regelung wir morgen zur Debatte stellen wollen. Aber tun Sie doch hier nicht so, als ob wir die Öffentlichkeit ausschalten wollten! Wir diskutieren jetzt, wir diskutieren morgen. Morgen werden wir in der Sache weiter diskutieren, heute sagen wir nur: Laßt es uns morgen tun! Daher: Machen Sie daraus nicht die große Mißbrauchsveranstaltung!

Die Geschäftsordnung wird von uns in aller Ruhe eingesetzt, und die grüne Fraktion muß im Hinblick auf die letzten fünf Jahre wirklich zugeben, daß wir viele Punkte der Geschäftsordnung verändert haben, um Ihnen eine Mitsprache einzuräumen, dies selbst dann, wenn Sie es hier benützen, um uns zu beleidigen. Strapazieren Sie es aber nicht zu sehr!

Meine Damen und Herren! Wir werden über den Inhalt morgen diskutieren. Heute haben wir nur gesagt: Angesichts der außerordentlichen Situation wollen wir morgen eine Gesetzesänderung diskutieren, die einen Fall, den Fall von UNO-Sanktionen, der 1990/91 eingetreten ist, regeln soll und Möglichkeiten, die nicht zu nützen sind, einräumen soll. Das als „Dampfwalze“ — oder was immer an schmutzigen Worten gefallen ist — zu bezeichnen, ist eine wirklich falsche Einschätzung der heutigen Debatte. Sie erweisen damit der grünen Fraktion keinen guten Dienst. Diskutieren Sie morgen mit uns in der Sache, dann werden Sie am richtigen Pult stehen! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) 13.32

Präsident Dr. **Lichal**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich während der Debatte Frau Abgeordnete Mag. Petrovic gemeldet.

Ich weise darauf hin, daß eine tatsächliche Berichtigung die Dauer von 3 Minuten nicht überschreiten darf.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Mag. Petrovic zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort.

13.33

Abgeordnete Dr. Madeleine **Petrovic** (Grüne): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Mein Vorredner hat soeben den drohenden Krieg am Golf rund um die Besetzung Kuwaits mit dem seinerzeitigen Einmarsch deutscher Truppen in Österreich verglichen und hat die Hypothese aufgestellt (*Abg. Dr. Sch w i m m e r*: Das ist keine tatsächliche Berichtigung! Das ist ein Debattenbeitrag!) — warten Sie ab! —, daß ein System kollektiver Sicherheit derartige Situationen zu vermeiden geeignet sei. (*Abg. Dr. Sch w i m m e r*: Was berichtigen Sie? — *Abg. Vetter*: Lesen Sie die Geschäftsordnung!) Dies ist faktisch unrichtig,

Dr. Madeleine Petrovic

was dadurch bewiesen wird, daß derselbe Diktator den Giftgaseinsatz gegen Kurden straflos und ohne kollektive Sicherheitssysteme durchgeführt hat, und was weiters durch die Vorfälle in Panama und Grenada bewiesen wird. (*Abg. Dr. Schwi m e r: Das ist eine Wortmeldung!*)

Es ist daher unrichtig, zu behaupten, daß dieses System der kollektiven Sicherheit in einem direkten Zusammenhang mit den seinerzeitigen Vorfällen steht und daß die heutige Situation am Golf vergleichbar ist. Dies ist faktisch unrichtig. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. V e t t e r: „Zehnmal abschreiben!“*) 13.34

Präsident Dr. Lichal: Frau Abgeordnete Mag. Petrovic! Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie einen Debattenbeitrag geliefert haben. Da es sich nicht um eine tatsächliche Berichtigung gehandelt hat — eine tatsächliche Berichtigung ist nur die Wiedergabe der zu berichtenden Behauptung und die Darstellung des zu berichtenden Sachverhaltes, und alles andere fällt unter Debattenbeitrag —, möchte ich Sie bitten, das zur Kenntnis zu nehmen.

Zu Wort gemeldet ist nunmehr Frau Abgeordnete Monika Langthaler. Ich erteile es ihr.

13.35

Abgeordnete Monika Langthaler (Grüne): Meine Damen und Herren! Wenn unsere Fraktion hier ganz bewußt und immer wieder darauf hinweist, wie das Parlament bei der Diskussion so wichtiger Gesetzesmaterien wirklich überfahren wird, dann muß man zwei Punkte noch einmal deutlich auseinanderhalten und auch getrennt diskutieren.

Das eine ist, daß es tatsächlich bei der Änderung des Kriegsmaterialiengesetzes auf der einen Seite und des Strafgesetzbuches auf der anderen Seite um ganz wesentliche Materien geht, die sehr wohl die österreichische Neutralität in einem anderen Licht erscheinen lassen und die Frage aufwerfen: Wo ist da wirklich die Rolle Österreichs als neutraler Staat? Diese Diskussion wurde nicht geführt, nicht ausreichend geführt, und das Parlament wird hier, weil offensichtlich die Regierung unter massivem Druck steht, einfach überrollt.

Das heißt, der eine Punkt ist also, daß es in einer öffentlichen Auseinandersetzung nicht zu einer wirklich vernünftigen und ordentlichen Debatte gekommen ist.

Ich verstehe nicht — man hört es auch auf den Gängen —, daß hier niemand von der Sozialistischen Partei die Courage hat, sich hierherzustellen und wirklich offen zuzugeben, daß die SPÖ offensichtlich unter einem enormen Druck der Regierungskollegen gestanden ist und, um der Koalition Genüge zu tun, nachgibt, daß sich bei einer so wesentlichen Änderung, die ganz Öster-

reich betrifft, keiner herauszustellen wagt und nach seiner ehrlichen — oder offensichtlich doch nicht so großen — Überzeugung wirklich vor der Öffentlichkeit dokumentiert, was die Änderung dieser Gesetzesbereiche für Österreich bewirkt.

Es gibt doch bei Ihnen intern Diskussionen. Warum hat niemand von den Abgeordneten der SPÖ hier die Courage, sich herauszustellen und wirklich einmal gegen den Herrn Bundeskanzler, obwohl er bei derselben Partei ist, Stellung zu beziehen? Das ist wirklich eine traurige, eine mehr als traurige und beschämende Darstellung der freien Mandatare, die hier sitzen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Das betrifft auch den zweiten Punkt, den man hier auseinanderhalten muß, nämlich das Überfahren des Parlaments mittels der Geschäftsordnung. Bei jedem anderen kleinen Punkt, der in einem Gesetz geändert werden soll — gerade bei den ökologischen Gesichtspunkten kennen wir das doch —, wird ein Ausschuß institutionalisiert, ein Unterausschuß gemacht. Es erfolgt ein Hearing, es werden Experten eingeladen, und die Meinung der Experten wird gehört. Erst dann wird nach langer Diskussion und nach langen Überlegungen in den Ausschüssen das Gesetz im Plenum zur Abstimmung gebracht.

Innerhalb einer 24-Stunden-Tortur werden nun aber zwei wesentliche Gesetzesnovellen durchgezogen. Das ist wirklich eine deutliche Darstellung, wie sehr man das Parlament dann mißbraucht, wenn es um die Durchsetzung wesentlicher Punkte von seiten der Regierung geht.

Da appelliere ich wirklich an die anwesenden Mandatare, die Courage zu haben und auch zuzugeben, vielleicht entgegen ihren Parteiinteressen zuzugeben, wie sehr sie hier unter Druck stehen und wie wenig sie offenbar die Möglichkeit haben, als freier Mandatar hier herauszugehen und zu sagen: Ja, auch meiner Meinung nach ist hier die Neutralität enorm gefährdet! Hier ist auch nicht mehr die Möglichkeit gegeben, daß ich mir als freier Mandatar eine Meinung bilde, mich in den Diskussionsprozeß einbinde.

Sie haben als Mandatare heute noch keine genaue Tagesordnung bekommen, was doch eigentlich das Selbstverständlichste wäre für eine Sitzung, und keiner von Ihnen regt sich auf. Das ist mir unverständlich! Es ist mir unverständlich, wie Sie hier Ihren Beruf, wie Sie hier Ihr Mandat überhaupt ausüben können! Es ist mir unverständlich, daß niemand — gerade von der SPÖ! — die Courage hat, hier zu sagen, worum es wirklich geht. Offenbar ist die Koalition wichtiger als der neutrale Staat Österreich, wichtiger, als Österreich als Ganzes zu sehen. (*Beifall bei den Grünen.*) 13.39

Präsident Dr. Lichal

Präsident Dr. Lichal: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen.

Wir gelangen zur **A b s t i m m u n g**.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die den Einwendungen Rechnung tragen wollen, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist die **M i n d e r h e i t**.

Somit bleibt es bei der für diese Sitzung ausgegebenen Tagesordnung.

Fragestunde

Präsident Dr. Lichal: Ich beginne jetzt — um 13 Uhr 40 Minuten — mit dem Aufruf der in der vorhergehenden Fragestunde nicht mehr erledigten Anfragen.

Bundeskanzleramt

Präsident Dr. Lichal: Wir kommen nunmehr zur 7. Anfrage: Abgeordneter Schieder (*SPÖ*) an den Bundeskanzler.

Abgeordneter Schieder: Herr Bundeskanzler! Meine Anfrage lautet:

29/M

In welchem Stadium befindet sich im Hinblick auf das relevante politische Umfeld das Beitrittsverfahren Österreichs zur EG?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie Sie wissen, arbeitet die EG-Kommission derzeit an einer Stellungnahme zu den österreichischen Beitrittsanträgen. Kommissionspräsident Delors hat mir in diesem Zusammenhang versichert, daß die EG im Falle eines Erfolgs ihrer beiden gegenwärtig tagenden Regierungskonferenzen keine Schwierigkeiten haben wird, diesen sogenannten Avis bis Mitte 1991 fertigzustellen.

Der für Außenbeziehungen zuständige Vizepräsident Andriessen hat darüber hinaus als nächsten Schritt des Beitrittsverfahrens die Befassung des EG-Ministerrats noch im Lauf dieses Jahres in Aussicht gestellt.

Das für den EG-Beitritt „relevante politische Umfeld“ in Europa ist insgesamt für Österreich günstig, und der Beginn der Beitrittsverhandlungen rückt sehr rasch näher. Hinsichtlich eines konkreten Beitrittstermins ist die EG bis vor kurzem davon ausgegangen, daß neue Beitrittsverhandlungen erst nach der Vollendung des Binnenmarktes, also 1993, aufgenommen werden.

Nunmehr betont die EG, daß vor der Ratifizierung der Verträge zur Politischen Union beziehungsweise zur Wirtschafts- und Währungsunion keine neuen Beitritte erfolgen sollen.

Aus zeitlicher Sicht bedeutet dies wahrscheinlich gar keinen Nachteil für Österreich, da von höchster EG-Ebene die Zielsetzung vorgegeben wurde, die beiden Regierungskonferenzen fristgerecht abzuschließen, um die Ratifikation der neuen Verträge noch vor der Verwirklichung des Binnenmarktes zu gewährleisten.

Österreich hat sich gegenüber der EG jedenfalls ausdrücklich zur Währungs- und Wirtschaftsunion und zu den Zielen der Europäischen Union bekannt. Dies wurde von der EG ausdrücklich gewürdigt und wird unserem Beitrittsansuchen zweifellos förderlich sein.

Präsident Dr. Lichal: Wünschen Sie eine Zusatzfrage? — Bitte.

Abgeordneter Schieder: Herr Bundeskanzler! Welche weiteren Vorbereitungen werden für die Beitrittsverhandlungen getroffen werden müssen?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter! Wir haben im vergangenen Jahr mit der Einrichtung eines Rats für Fragen der österreichischen Integrationspolitik und einer Arbeitsgruppe für Integrationsfragen im Bundeskanzleramt eine Grundstruktur für die Integrationspolitik geschaffen. Diese spezifische Integrationsorganisation hat bereits die Koordination der Beantwortung der sehr umfangreichen und detaillierten Avis-Anfragen der EG-Kommission in Zusammenarbeit mit den jeweils fachlich federführenden Ressorts sehr effizient wahrgenommen.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Arbeitsgruppe für Integrationsfragen gegenwärtig auch die Koordination der grundlegenden inhaltlichen Verhandlungspositionen Österreichs in den EFTA-EG-Verhandlungen zur Errichtung eines Europäischen Wirtschaftsraums wahrgenommen. Dies hat für uns den Vorteil, daß die österreichische Integrationsorganisation zum Zeitpunkt der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen bereits eingearbeitet und voll funktionsfähig sein wird.

Bei einem Erfolg der EWR-Verhandlungen wird Österreich die bereits in Angriff genommenen Rechtsanpassungen noch wesentlich verstärken müssen, da mit 1. Jänner 1993 voraussichtlich zirka 60 Prozent des EG-Rechts übernommen werden sollen. Diese erforderlichen Umsetzungen von EG-Recht in nationales Recht werden unser Rechtssystem bereits vor dem EG-Beitritt einen großen Schritt näher an das der EG

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

bringen. Daraus könnte auch eine Verkürzung der Beitrittsverhandlungen resultieren.

Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt sehe ich darin, die österreichischen Beamten intensiv auf die Herausforderung EG vorzubereiten. Wir haben auch in diese Richtung bereits Schritte unternommen, zahlreiche Ausbildungsangebote zur Verfügung gestellt, die auch rege in Anspruch genommen werden. Aber wir haben diesbezüglich noch Anstrengungen vor uns.

Schließlich — und das halte ich, Herr Abgeordneter, für besonders wichtig — wird es darum gehen, die österreichische Öffentlichkeit in sachlicher und umfassender Weise über die bevorstehenden Veränderungen zu informieren.

Präsident Dr. Lichal: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Schieder? Bitte.

Abgeordneter **Schieder**: In welcher Weise werden Sie selbst, Herr Bundeskanzler, zur Beschleunigung des Beitrittsverfahrens aktiv werden?

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie Sie sicherlich wissen, räume ich dem EG-Beitritt unseres Landes Priorität ein. Ich habe bereits in der Vergangenheit besonders darauf geachtet, in häufigen und regelmäßigen Kontakten mit Vertretern der EG-Kommission und der einzelnen Mitgliedstaaten auf eine Beschleunigung des österreichischen Beitrittsverfahrens hinzuwirken. Ich bin allgemein von der Überlegenheit einer planmäßigen und beharrlichen Vorgangsweise überzeugt und werde sie auch in der Zukunft beibehalten.

Präsident Dr. Lichal: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dkfm. DDr. König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Vor kurzem hat der belgische Außenminister Eyskens in einem Interview erklärt, daß er sich durchaus vorstellen kann, daß Österreich bereits 1994 Mitglied der EG wird. Tatsächlich ist es ja so, daß der Fahrplan, Verhandlungsaufnahme ab 1993, das möglich erscheinen läßt.

Wird die Bundesregierung für diesen Termin als Zielsetzung eintreten, unabhängig davon, ob die skandinavischen EFTA-Staaten zu diesem Zeitpunkt dafür schon reif sind oder nicht?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Verehrter Herr Abgeordneter! Selbstverständlich ist der Bundesregierung jeder Zeitpunkt, der vor dem immer wieder aus EG-Kreisen genannten möglich ist, um die Beitrittsverhandlungen aufzunehmen und

den Beitritt in die Tat umzusetzen, lieber als ein Termin danach.

Wir haben bisher ja große Eigenständigkeit innerhalb der EFTA-Gemeinschaft mit unserem Antrag entwickelt, der EG beizutreten. Wir werden bei dieser Eigenständigkeit bleiben, an ihr festhalten.

Wenn sich Parallelläufe mit anderen Ländern ergeben und gleichgeschaltete Interessen dabei verfolgt werden können, soll es uns recht sein. Aber wie immer, es sollte sich diese Parallelität nicht aufdrängen oder naheliegen, wir werden den eigenständigen Weg fortsetzen.

Präsident Dr. Lichal: Bitte, eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Pawkowicz.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Pawkowicz** (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Sie haben dem Abgeordneten Schieder erklärt, daß das politische Umfeld für das Beitrittsverfahren Österreichs jetzt günstig sei. Welche Überlegungen zu konkreten inhaltlichen Bereichen haben Sie vor dem Hintergrund, daß Militärmaschinen Österreich überfliegen? Wie sehen Sie das Beitrittsverfahren Österreichs in bezug auf diese Situation? Glauben Sie, damit eine beschleunigte Verbesserung Ihrer Position bei den Verhandlungen zu erreichen? (*Abg. K r a f t*: Drei Fragen, nicht eine!)

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler. Es sind zwar zwei Fragen, aber unter einer zusammenzufassen. — Bitte schön, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Herr Abgeordneter! Ich sehe eine Verbesserung des politischen Umfelds in allererster Linie ja ausschließlich im Wegfallen des Ost-West-Gegensatzes in Europa. Sie wissen ja sicherlich auch, daß dieser Wegfall des Ost-West-Gegensatzes auch dazu geführt hat, daß sich die EG-Kommission mit einer Reihe früherer sogenannter Ostblockstaaten enger und näher befaßt und Assoziationsabkommen und andere Formen der Zusammenarbeit vorbereitet.

In diesem allgemeinen Klima des Näherrückens der verschiedenen ehemals gesellschaftlich stark unterschiedlichen Staaten in Europa erblicke ich eine Verbesserung des politischen Umfelds.

Zu sämtlichen anderen Fragen oder Frageteilen, die Sie gestellt haben, kann ich Ihnen nur sagen: Ich sehe nicht den geringsten Zusammenhang mit dem österreichischen Beitrittsantrag.

Präsident Dr. Lichal: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? — Von Frau Mag. Grandits? Bitte.

Abgeordnete Mag. Marijana **Grandits** (Grüne): Herr Bundeskanzler! Die Bundesregierung hat in ihrem Arbeitsübereinkommen ein Bekenntnis zur

Mag. Marijana Grandits

Politischen Union der EG abgegeben — ich zitiere —: „Ein EG-Beitritt bedeutet den Eintritt in eine politische Wertegemeinschaft, die durch eine sich vertiefende Integration gekennzeichnet ist. Das Projekt einer Politischen Union ist als positiver Beitrag zur Verwirklichung der Einheit Europas zu sehen. Das neutrale Österreich wird an einem zukünftigen europäischen Sicherheitssystem innerhalb der Gemeinschaft und über diese hinaus solidarisch mitarbeiten.“

Nun ist bekannt, daß sowohl außerhalb als auch innerhalb der EG unterschiedliche Konzepte und Szenarien, die die Politische Union und ein europäisches Sicherheitssystem betreffen, diskutiert werden, und zwar forciert vor allem durch die Veränderungen im gesamten europäischen politischen Umfeld.

Für uns stellt sich nun die Frage, ob es zulässig ist, sich schon heute zu etwas zu bekennen, was insgesamt von der Definition her noch höchst unklar ist. Bis heute kann niemand richtig beantworten, wie das aussehen soll oder kann.

Daher unsere Frage: Wie konkret definieren Sie das Projekt einer Politischen Union, beziehungsweise wie konkret soll die Mitarbeit des neutralen Österreichs an einem zukünftigen europäischen Sicherheitssystem gestaltet sein? Wie die heutige Diskussion auch beweist, ist das eine äußerst aktuelle und sehr bedeutende Frage für die Zukunft Österreichs.

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Es ist grundsätzlich zulässig, sich zu einer Integrationsidee zu bekennen. In einem Teil Ihrer Ausführungen haben Sie die Frage schon beantwortet, die Antwort vorweggenommen. Es ist richtig, daß innerhalb der EG zum Konzept Politische Union derzeit noch recht unterschiedliche und sicherlich noch keine abschließenden Vorstellungen bestehen. Das heißt, daß für die österreichische Bundesregierung natürlich die endgültige Beantwortung dieser Frage erst dann möglich ist, wenn diese Formen der politischen Kooperation und Union im Rahmen der Europäischen Integration vorliegen und dann endgültig politisch beurteilt werden können, politisch von uns beurteilt werden in unserem eigenen außen- und integrationspolitischen Interesse, selbstverständlich aus dem Blickwinkel der Neutralität und nicht zuletzt auch in dem von Ihnen jetzt angesprochenen Sicherheitssystem.

Ich sehe Sicherheit nicht nur als eine Ausprägung im militärischen Bereich, sondern ich sehe Sicherheit auch als eine wahrscheinlich mindestens ebenso wichtige Ausprägung im Bereich der Terrorismusbekämpfung, im Bereich der Bekämpfung des internationalen Drogenschmug-

gels, im Bereich der Bekämpfung des internationalen Verbrechertums und der Kriminalität — also für sicherheitspolitische Überlegungen wahrlich ein breites Betätigungsfeld außerhalb rein militärischer Aspekte. Die militärischen Aspekte werden auf der Grundlage unserer immerwährenden und unveränderten Neutralitätspolitischen Position zu beurteilen sein.

Präsident Dr. Lichal: Wir gelangen nunmehr zur 8. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Nowotny (*SPÖ*) an den Herrn Bundeskanzler. Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Nowotny, die Frage zu wiederholen.

Abgeordneter Dr. Nowotny: Herr Bundeskanzler! Meine Frage lautet:

22/M

Welche Verhandlungsziele hat sich Österreich gesetzt, nachdem es mit 1. Jänner den Vorsitz in der EFTA übernommen und als Sprecher der EFTA die EWR-Verhandlungen zu führen hat?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Das primäre Verhandlungsziel ist es, die in einigen Bereichen bestehenden Probleme so weit auszuräumen, daß wünschenswerterweise gegen Ende der Periode des österreichischen Vorsizes in der EFTA ein unterschriftsreifer Vertragstext vorliegt.

Es trifft sich per Zufall, Ihnen hier mitteilen zu können, daß ich mich, um dieses Ziel voranzutreiben, morgen mit Präsidenten Delors auf dessen Einladung beraten werde.

Darüber hinaus werde ich neben zahlreichen anderen Aktivitäten die Regierungschefs der anderen EFTA-Staaten am 24. Mai zu einem Gipfeltreffen nach Wien einladen.

Im Detail werden wir uns insbesondere mit der Regelung der Mitwirkungsrechte der EFTA bei der Erstellung des zukünftigen EWR-Rechts sowie mit der Forderung der EG nach einem Solidaritätsbeitrag der EFTA-Länder zugunsten ärmerer EG-Staaten zu befassen haben. In einigen Punkten werden wir in den Verhandlungen darauf drängen, Schutzklauseln für ausreichende Übergangsfristen zu erreichen.

Ich gehe weiters davon aus, daß ein EWR-Abkommen Österreich nicht daran hindern wird, im Bereich der Gesundheit, der Sicherheit und des Umweltschutzes zum Teil bestehende höhere Schutzniveaus beizubehalten und weiter auszubauen. Fragen des Transits werden weiterhin — ich möchte das mit aller Deutlichkeit unterstreichen, um hier keine Fehlinterpretationen aufkommen zu lassen — bilateral mit der EG ver-

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

handelt und bleiben von den EWR-Verhandlungen ausgeklammert.

Generell muß betont werden, daß der Europäische Wirtschaftsraum für Österreich zwar eine wichtige Etappe darstellt, für uns aber weiterhin primäres Integrationsziel eine EG-Mitgliedschaft ist, sodaß der EWR vor allem im Hinblick auf die Teilnahme an Entscheidungsprozessen kein Ersatz sein kann.

Es liegt im Interesse Österreichs, daß auch die anderen EFTA-Staaten möglichst weitgehend an der Substanz des EG-Binnenmarktes teilnehmen können. Dadurch werden zusätzliche positive Integrationseffekte ermöglicht. Dazu kommt für Österreich die Erwartung, daß über ein EWR-Abkommen gleichsam als Zwischenschritt eine partielle Teilnahme am Binnenmarkt schon mit dem von der EG angestrebten Realisierungszeitpunkt, also 1. Jänner 1993, erreicht werden könnte.

Präsident Dr. Lichal: Weitere Zusatzfrage? — Herr Abgeordneter Dr. Nowotny, bitte schön.

Abgeordneter Dr. Nowotny: Herr Bundeskanzler! Sie haben eben das EWR für Österreich als eine Art Zwischenschritt in Richtung einer EG-Mitgliedschaft genannt. Könnten Sie ausführen, inwieweit sich die Effekte einer EG-Mitgliedschaft von den Effekten des EWR unterscheiden würden? Wären das wesentliche Unterschiede, und wenn ja, in welchen Bereichen?

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter! Die Effekte einer EG-Mitgliedschaft sind insofern weitergehend, als das Mitglied der EG in den Entscheidungsbildungsprozeß egalitär mit allen anderen Mitgliedern eingebunden ist, daß es mitwirkt an den verschiedenen Programmen, eingebunden ist in die verschiedenen Fondsideen und in Zukunft auch in die Währungs- und Wirtschaftsunion eingebunden ist, wogegen das EWR-Konzept im wesentlichen ein Konzept ist, welches darin besteht, die zwei Integrationsorganisationen EG und EFTA näher aneinander zu bringen, näher aneinander rücken zu lassen. Dafür gibt es, wie ich vorhin schon sagte, ein umfangreiches Vorhabenspaket; etwa 60 Prozent einer Vollintegration könnten dabei vorweggenommen werden.

Ich füge vielleicht hinzu, daß die rechtlichen Bestimmungen des EWR-Vertrags unmittelbar mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens, also voraussichtlich 1. Jänner 1993, ihre Gültigkeit dann in allen EFTA-Staaten erhalten sollen. Das bedeutet, daß es eine sehr große Herausforderung an die Rechtsetzungskapazitäten geben wird, und eine Realisierung des EWR wird daher auch das Hohe Haus sehr intensiv beschäftigen.

Präsident Dr. Lichal: Bitte um eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Nowotny: Wenn ich an diesen letzten Punkt anknüpfen darf: Gibt es hier nähere Vorstellungen, wie groß der Umfang ist und auf welche Bereiche er sich vor allem erstrecken wird, wo dann Arbeit aufgrund des Abschlusses eines EWR-Vertrages auf den Nationalrat zukommen wird?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Soweit das aus heutiger Sicht und aus dem, was bisher erarbeitet wurde, zu beurteilen ist, würde das bedeuten, daß zirka 1 400 Vorschriften des EG-Rechts in innerstaatliches Recht umzusetzen wären.

Präsident Dr. Lichal: Es gibt eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dkfm. DDr. König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Wirtschaftsminister Dr. Schüssel und auch Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen zwischen EFTA und EG über diesen Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum de facto einen guten Teil der Verhandlungen, die man auch als Beitrittsverhandlungen muß, vorwegnehmen, also praktisch technische Vorverhandlungen für den Beitritt darstellen.

Nun hat aber die EG keinen Zweifel daran gelassen, daß sie für den Europäischen Wirtschaftsraum nur Informationsrechte, aber keine Mitwirkungsrechte bei der Gestaltung der zukünftigen Rechtsvorschriften für diesen Raum gewähren möchte. Und genau da unterscheidet sich nun der EWR von der Mitgliedschaft, wo man eben in den EG-Gremien auch mitentscheiden kann.

Meine Frage: Wird die Bundesregierung unverrückbar daran festhalten, daß für uns ein Beitritt zum EWR-Vertrag nur in Frage kommen kann, wenn wir auch dort gleichberechtigt an der Rechtsgestaltung mitwirken können?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die diesbezüglichen Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Problematik besteht unter anderem darin, daß die einzelnen EFTA-Staaten in unterschiedlichem Maß von der EG Ausnahmeregelungen für sich selber begehren und daß es nun, um den Verhandlungsprozeß voranzutreiben, darum geht, die Anzahl dieser Ausnahmen so gering wie möglich zu halten, damit die Annäherung funktionieren kann. Je besser die Reduktion der Anzahl der

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Ausnahmen gelingt, umso eher ist dann die Bereitschaft gegeben, innerhalb der EG in verschiedenen Komitees mitzuwirken. (*Präsidentin Dr. Heide Schmidt übernimmt den Vorsitz.*)

Aber ich glaube, es soll niemandem ein X für ein U vorgemacht werden: Die Möglichkeiten der Mitwirkung an den Entscheidungsfindungen, wie sie für das EG-Mitglied vorherrschen oder obwalten, sind wahrscheinlich auch durch noch so gute EWR-Verhandlungen nicht zu erzielen.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Nächste Zusatzfrage: Bitte, Herr Abgeordneter Haigermoser.

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Ihre Antwort auf die Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. König hat meiner Ansicht nach bestätigt, daß innerhalb der Bundesregierung eine gewisse Defensivhaltung im Hinblick auf die EG vorherrscht. Einmal werden Direktverhandlungen mit Brüssel hervorgekehrt, ein anderes Mal geht es darum, die EFTA als Transportmittel auf dem Weg in die Gemeinschaft anzupreisen.

Ich darf Sie daher fragen, Herr Bundeskanzler, ob Sie so wie eine breite Öffentlichkeit auch der Meinung sind, daß die Installierung eines EG-Staatssekretärs in der Person des Dr. Jankowitsch zur Verwirrung beiträgt, zu neuen Bürokratien führt und zwangsläufig zu neuen Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Außenminister und dem neuen EG-Staatssekretär führen muß.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Herr Bundeskanzler, bitte.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich kann in der integrationspolitischen Grundeinstellung der österreichischen Bundesregierung keine Defensivhaltung erkennen. Ich wüßte auch nicht, gegen wen man sich verteidigen sollte.

Ihre Anfrage ist weiters damit zu beantworten, daß wir das Vorhaben, Mitglied der Europäischen Gemeinschaften zu werden, vehement verfolgen und daß wir uns dem EWR-Prozeß deshalb nicht verschließen, weil wir letztendlich EFTA-Mitglied sind und weil bis zum endgültigen Abschluß einer EG-Mitgliedschaft kein vernünftiger Grund dafür bestünde, sich dem Aneinanderrücken oder Zueinanderrücken EG zu EFTA zu verschließen. Verwirrungen oder andere Reibungsverluste innerhalb der Bundesregierung und der einzelnen mit Integrationsfragen befaßten Mitglieder sehe ich nicht.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächste hat sich Frau Abgeordnete Grandits zu einer Zusatzfrage gemeldet. Bitte.

Abgeordnete Mag. Marijana **Grandits** (Grüne): Herr Bundeskanzler! Die geplante Übernahme des gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstandes der EG durch die EFTA veranlaßte die EFTA-Mitgliedstaaten zur Erstellung einer Liste von Wünschen nach Ausnahme- und Übergangsregelungen sowie nach speziellen Lösungen. Sie haben jetzt in Ihrer Beantwortung nur mehr von Übergangsregelungen gesprochen.

Heißt das, daß Österreich in den Verhandlungen auf Ausnahmeregelungen und überhaupt auf spezielle Lösungen permanent, also nicht nur für die Übergangszeit, sondern total verzichtet? Werden diese Fragen eventuell in einem noch einzurichtenden Integrationsausschuß behandelt werden?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Frau Abgeordnete! Das heißt nicht, daß Österreich auf bestimmte Ausnahmeregelungen verzichtet! Sie wissen ja, daß gerade der Bereich der Landwirtschaft zu einer solchen Ausnahme zählt. Und auch auf Dauerregelungen wird nicht verzichtet. Das prominenteste Beispiel dafür ist ein Transitabkommen, welches wir losgelöst oder jedenfalls vor den Verhandlungen über den EG-Beitritt abzuschließen wünschen, und zwar so, daß auch dann, wenn der EG-Beitritt erfolgen sollte, diese Lösungen nicht außer Kraft gesetzt werden, sondern weiter anhalten. Es hat sich also keine Änderung in der grundsätzlichen Position der Bundesregierung ergeben.

Hinsichtlich der weiteren Behandlung möchte ich sagen, wenn Sie an einen parlamentarischen Integrationsausschuß denken, ist das Angelegenheit des Parlaments, hinsichtlich Koordinierungsangelegenheiten außerhalb des Parlaments gibt es den Rat, in dem die im Nationalrat vertretenen Parteien und die Bundesländer vertreten sind.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Danke. — Die 9. Anfrage wurde zurückgezogen. Wir kommen daher zur 10. Anfrage: Herr Abgeordneter Ofner (FPÖ), bitte.

Abgeordneter Dr. **Ofner**: Herr Bundeskanzler!

25/M

Werden Sie angesichts der Not der Bevölkerung in Rumänien — insbesondere in Siebenbürgen — die entsprechenden Veranlassungen treffen, damit die eingebrachten Ansuchen für konkrete Hilfsprojekte umgehend einer positiven Erledigung zugeführt werden?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Rahmen der nächsten Sitzung hochrangiger Vertreter der Mitgliedstaaten, der Gruppe der 24 — G 24 —, zu Fragen der koordinierten westlichen Wirtschaftshilfe für die mitteleuropäischen und osteuropäischen Reformstaaten am 30. Jänner, also in zwei Wochen, wird voraussichtlich die volle Einbeziehung Rumäniens in die Hilfsmaßnahmen beschlossen werden. Bisher bestanden seitens mehrerer Teilnehmerstaaten aus demokratiepolitischen Gründen Bedenken gegen eine über rein humanitäre Hilfeleistungen hinausgehende Unterstützung Rumäniens.

Über die G 24 wurde ein Ersuchen auch an Österreich hinsichtlich Energiehilfslieferungen gerichtet, das derzeit vom Wirtschaftsministerium geprüft wird.

Weiters liegt im Bundeskanzleramt seitens der Gesellschaft „Austria pro Rumania, Arbeitskreis Siebenbürgen“ in der österreichischen Landsmannschaft ein konkretes Hilfsprojekt zur Unterstützung von Gemeinden im Agrarbereich wie die Gründung von Wirtschaftsbetrieben, Ausstattung von Gemeinschaftseinrichtungen und der Berufsbildung vor, das derzeit vorbereitet, aber im Zuge der Vorbereitungen für das Bundesbudget 1991 auch auf budgetäre Umsetzbarkeit geprüft wird.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Herr Abgeordneter Dr. Ofner wünscht eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ofner: Herr Bundeskanzler! Zu den letztgenannten Projekten der Vereinigung „Austria pro Rumania“. Diese Vereinigung, wie andere in Österreich im übrigen auch, hat sich zur Aufgabe gesetzt, es den Bürgern in Rumänien und da vor allem wieder den Altösterreichern möglich und erträglich zu machen, in ihrer Heimat zu bleiben, dort menschenwürdig zu existieren, um nicht zum Auswandern gezwungen zu sein. Im Rahmen dieser Bemühungen ist man darangegangen, sehr kostengünstig an Ort und Stelle Gemeinschaftseinrichtungen — Schulen, Kindergärten, Altenheime —, aber eben auch agrarische Kooperationsformen zu unterstützen. Sie verweisen auf die budgetären Zwänge, die es auch in diesem Zusammenhang geben wird.

Jetzt sind aber die Beträge, um die es insgesamt geht, relativ gering. Wie beurteilen Sie die Chance, diese im Budget unterzubringen und die Vorhaben daher verwirklichen zu können? Es geht, wenn ich das noch erwähnen darf, bei den 25 Dorfgemeinschaften, wo auf agrarischem Sektor geholfen werden soll, um nur 400 000 S pro Dorfgemeinschaft.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter! Ich beurteile die Chancen, daß das umgesetzt werden kann, positiv. Ich kann Ihnen zwar, da das Bundesbudget noch nicht vorliegt, heute keine definitive Antwort geben, schließe mich aber der positiven Beurteilung dieser Projekte an.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Ofner.

Abgeordneter Dr. Ofner: Herr Bundeskanzler! Die erwähnten Vereinigungen, eben auch die „Austria pro Rumania“, lassen es sich auch anlegen sein, junge Menschen, die in Berufsausbildung stehen, als eine Art Volontäre für einige Zeit in Österreich zusätzlich ausbilden zu lassen und auch Studenten für ein zusätzliches Studienjahr nach Österreich zu bringen. Bisher ist kein einziger von den auf diese Weise nach Österreich Gebrachten hier geblieben, also abgesprungen. Alle sind wieder zurückgegangen, um in ihrer Heimat entsprechend zu wirken.

Es gibt aber immer wieder Schwierigkeiten mit der Visaerteilung, gerade auch für jene Personen aus dem Kreise der Altösterreicher, die nur vorübergehend zu Ausbildungszwecken nach Österreich kommen sollen. Sehen Sie eine Möglichkeit, hier unbürokratisch und rasch zu helfen, einen Weg zu finden, daß diese Leute nicht so wie viele andere bedauerlicherweise lang und oft mit unsicherem Ausgang auf ein Visum warten müssen?

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Bitte.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter! Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich hier über Einzelfälle nicht Bescheid geben kann, aber ich werde Ihre Intervention gerne zum Anlaß nehmen, mich bei den Kollegen dafür zu verwenden, in diesem Falle eine unbürokratische Abwicklung vorzusehen.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Zu einer Zusatzfrage hat sich Frau Abgeordnete Petrovic gemeldet. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (Grüne): Welche koordinativen, welche legislativen Maßnahmen werden Sie zur besseren Integration von sozial- und arbeitsmarktpolitisch benachteiligten Rumäninnen und Rumänen und anderen Fremden in Österreich ergreifen? Werden Sie etwa ein Integrationsgesetz unterstützen?

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Frau Abgeordnete! Wie Ihnen bekannt ist, sind gerade in den letzten Wochen erhebliche Bemühungen auf den verschiedensten Ebenen vorgenommen worden, diesen Integrationsprozeß — Integrationsprozeß in den Arbeitsmarkt, aber auch Integrationsprozeß in bestimmte Wohngegebenheiten — zu verbessern. Es gab hier nicht nur eine sehr breit angelegte Diskussion, sondern auch viele Aktionen.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Es ist gerade auch mit dem Projekt Verbesserung und Effizienzsteigerung in der Arbeitsmarktverwaltung eine wichtige Zielsetzung parallel laufend. Der Sozialminister arbeitet an einer Reform der österreichischen Arbeitsmarktverwaltung, wodurch die Möglichkeiten der Vermittlung gerade in Zusammenarbeit und im Zusammenhang mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz verbessert werden sollen. Ich bin also schon einigermaßen zuversichtlich, daß da Fortschritte erzielt werden.

Hinsichtlich Ihrer Frage betreffend ein Integrationsgesetz möchte ich mit dem zuständigen Bundesminister sprechen. Ich kann Ihnen dann Bescheid geben, wie die Sache steht.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Zu einer Zusatzfrage hat sich Frau Abgeordnete Traxler gemeldet. Bitte sehr.

Abgeordnete Gabrielle **Traxler** (SPÖ): Herr Bundeskanzler! Sie haben immer wieder davon gesprochen, den Menschen in ihren Ländern, in den osteuropäischen Ländern helfen zu wollen. Not gibt es nun nicht nur in Rumänien, sondern große Not gibt es auch in Bulgarien. Was unternimmt die österreichische Bundesregierung in diesem Fall? Gibt es da ebenfalls Hilfsprogramme?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Bulgarien war eines der ersten Länder, welches ein Zielland der Bemühungen der österreichischen Bundesregierung war, etwa die schwierige Lage der Versorgung mit Nahrungsmitteln der dortigen Bevölkerung zu verbessern. Wir haben das dann so eingerichtet — zum Beispiel bei Wurstwaren im Wert von 16 Millionen Schilling im Herbst des Vorjahres —, daß ein Gegenwertfonds eingeführt wurde, dessen Mittel wieder für agrarwirtschaftliche Investitionen an Ort und Stelle verwendet werden sollen.

Wir haben für die nächsten Monate eine Lieferung von zirka 4 000 Tonnen Futtermitteln geplant, die Bulgarien dringend benötigt. Österreich wird das erste Land sein, das diesem Ersuchen Bulgariens durch eine konkrete Maßnahme entspricht.

Wir haben absichtlich und gezielt gerade auf das Ersuchen Bulgariens abgestellt, um zu vermeiden, mit einer Hilfsmaßnahme, die dort als suboptimal empfunden wird, unter Umständen nicht den richtigen Weg zu gehen.

Weiters wird gemeinsam mit der Österreichischen Nationalbank eine Care-Aktion unterstützt, die vor allem medizinische Hilfe anbieten soll.

Dabei geht es um ein Gesamtvolumen von ungefähr 2,5 Millionen Schilling.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Herr Abgeordneter Gaigg hat sich zu einer weiteren Zusatzfrage gemeldet.

Abgeordneter Dr. **Gaigg** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Die Österreicherinnen und Österreicher haben seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und besonders in den letzten Jahren ihre Hilfsbereitschaft sehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt, im besonderen auch in Richtung Siebenbürgen beziehungsweise was die dort lebenden Deutschsprachigen betrifft. Und auch die Republik hat — beispielsweise durch die Verdoppelung der Höhe der Spendengelder — ihren Anteil dazu geleistet.

Nur: Es gilt für diesen Bereich so wie für andere Bereiche, daß der doppelt gibt, der schnell gibt. Es muß aber immer wieder festgestellt werden, daß sich Erledigungen sehr lange verzögern. Zum Teil ist das auch darauf zurückzuführen, daß es eben verschiedene Dienststellen sind, die in den Ministerien damit befaßt sind, und daß die organisatorischen Voraussetzungen nicht vorhanden sind.

Meine konkrete Frage an Sie, Herr Bundeskanzler: Sind Sie bereit, eine Koordinationsstelle einzurichten, die sich mit diesem Themenbereich im besonderen befaßt, beziehungsweise personell dafür Vorsorge zu treffen, daß die von uns allen gewünschten und unterstützten Maßnahmen möglichst rasch und planmäßig durchgezogen werden?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Herr Abgeordneter! Wir sind, wie Sie sich vorstellen können, gerade in den letzten Wochen und Monaten in besonderem Maß mit Ansuchen, mit Hilferufen aus den verschiedensten Ländern konfrontiert. Vielleicht als Gruppe zusammengefaßt: die Frontlinienstaaten im Bereich der Golfkrise, auf der anderen Seite die osteuropäischen Staaten und innerhalb der osteuropäischen Staaten wieder sehr viele Einzelgruppen, Regionen, ethnische Gruppen und so weiter. Wir müssen — das ist jetzt die Antwort auf Ihre Frage — eine solche Koordination allein schon aufgrund der großen Zahl der einlangenden Hilfsansuchen durchführen und einrichten. Wir haben gestern in der Bundesregierung, im Ministerrat darüber gesprochen, und wir werden in Zusammenarbeit mit dem Außen- und Finanzministerium diese Koordination jetzt bewerkstelligen.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Wir kommen zur 11. Anfrage: Abgeordneter Mühlbacher (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. Mag. **Mühlbacher**: Herr Bundeskanzler! Meine Frage lautet:

17/M

Bis wann werden Sie eine leistungsbezogene Besoldungsreform verwirklichen?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich gehe davon aus, daß die im Regierungsprogramm festgehaltene Zielsetzung, nämlich die Durchführung einer Besoldungsreform, im Laufe des Jahres 1991 in ihren Grundzügen festgelegt werden wird.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit doch auch sagen, daß die Besoldungsreform natürlich sozialpartnerschaftlich mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst verhandelt werden wird. Keine Besoldungsreform ist ohne budgetäre Konsequenzen. Also im Hinblick auf diese gibt der angegebene Zeitraum die Perspektive des Dienstgebers wieder. Die Einhaltung des Zeitrahmens setzt aber eine gewisse Willensübereinstimmung mit der Dienstnehmervertretung und die Finanzierbarkeit des Ergebnisses voraus. Ich bitte, das zwar nicht als Relativierung, aber als notwendige Nebenanmerkung zu akzeptieren.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Der Herr Abgeordnete wünscht noch eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. Mag. **Mühlbacher**: Herr Bundeskanzler! Jüngste Erhebungen — angestellt vom Sozialministerium — über Lebensverdienste von Privatangestellten und Beamten haben eindeutig eine Schlechterstellung der Beamten in allen Bildungskategorien ergeben. Beispielsweise verdient ein akademisch ausgebildeter Beamter im Lebensarbeitszeitraum um zirka 2 Millionen bis 4 Millionen Schilling weniger als ein Maturant in privatwirtschaftlichem Dienstverhältnis.

Herr Bundeskanzler! Inkludieren Sie in die leistungsbezogene Entlohnung eine Anpassung der Lebensverdienstsumme und damit eine Anhebung der jeweiligen Monatsgehälter an die Durchschnittsverdienste in der Privatwirtschaft?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich meine, daß die Betrachtung der Gehälter zwar ein wichtiger Aspekt, aber nicht der einzige ist. Und ich glaube, man muß

bei einer Besoldungsreform eine solche Betrachtung auch mit den inhaltlichen Schwerpunkten harmonisieren. Daher meine ich, daß ein Eckpfeiler der Besoldungsreform eine durchgehende Grundlaufbahn sein sollte anstelle der bisherigen Beförderungslaufbahn und ein System von Funktionen mit sofort anfallender Abgeltung.

Ich möchte auf diese Art und Weise einen Anstoß dafür geben, daß wir doch von einer teils leistungshemmenden, teils auch die Effizienz hemmenden Gleichbehandlung sämtlicher Beamten, gleichgültig wie ihre Tüchtigkeit und ihre Einsatzbereitschaft ist, wegkommen. Daraus ergeben sich Leistungsanreize und Möglichkeiten der individuellen Gehalts- und Einkommensverbesserung für den einzelnen öffentlich Bediensteten. Mit der Hervorhebung qualifizierter Arbeitsplätze wird aber auch ein effektives System der Leistungskontrolle zu verbinden sein. Wir haben in unser Arbeitsprogramm auch die Bestellung von Spitzenfunktionären auf Zeit aufgenommen.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Es wurde eine weitere Zusatzfrage gewünscht. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. Mag. **Mühlbacher**: Herr Bundeskanzler! Vom öffentlichen Dienst wird sicher verlangt, daß bei leistungsbezogener Besoldung Leistungskriterien objektiv erkennbar festgelegt werden. Können Sie in Umrissen Ihre Vorstellungen dazu darlegen?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Herr Abgeordneter! Ich glaube, daß es notwendig sein wird, gerade mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst in den konkreten Verhandlungen darüber Einigung zu erzielen, daß das derzeitige System deshalb Ungerechtigkeiten mit sich bringt, weil der wirtschaftliche Ertrag eines qualifizierten Arbeitsplatzes erst spät anfällt. Und weil das so ist, wird über die Festlegung bestimmter Qualitätsnormen Einigung zu erzielen sein. Und wenn diese Qualitätsnormen festgelegt werden, dann kann man auch Leistungsanreize bilden, die zu dem führen, was Sie gemeint haben.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat sich Frau Abgeordnete Praxmarer gemeldet. Bitte.

Abgeordnete Mag. Karin **Praxmarer** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Wir haben in Österreich auf der einen Seite einen Überschuß an Maturanten und Akademikern und auf der anderen Seite einen akuten Facharbeitermangel.

Derzeit ist die Situation so, daß zum Beispiel ein bestausgebildeter, hochqualifizierter Meister im öffentlichen Dienst sofort schlechter behan-

Mag. Karin Praxmarer

delt wird als ein Maturant. Daher sind das Prestigedenken der Eltern gerechtfertigt und die Tatsache, daß sie ihre Kinder möglichst alle in eine höhere Schule schicken.

Meine Frage nun an Sie, Herr Bundeskanzler: Beabsichtigen Sie, das überalterte Besoldungssystem nach A- und B-Kriterien im öffentlichen Dienst zu beseitigen und an dessen Stelle ein leistungsbezogenes System einzuführen, etwa mit einem Grundgehalt und einem durchschaubaren System von Zulagen, zum Beispiel für die tatsächlich ausgeübte Funktion oder für die Ausbildung oder Qualifikation?

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Meine Antwort ist ja, Frau Abgeordnete. Ich gebe Ihnen in Ihrer Analyse recht. Nur, mit dieser Analyse würde ich nicht beim öffentlichen Dienst haltmachen. Der Wunsch vieler Eltern, ihren Kindern eine allgemeinbildende höhere Schulausbildung zukommen zu lassen, resultiert nicht nur aus den Einkommensverhältnissen, sondern er entsteht auch im Hinblick auf das geringere Sozialprestige des Arbeiterberufes und des handwerklichen Berufes, der dann ins Gewerbliche und ins Selbständige führt. Ich meine, wir müssen zusätzlich zu dem, was Sie jetzt gefragt haben und ich Ihnen mit Ja beantwortet habe, auch in der nicht öffentlichen Wirtschaft dazu beitragen, daß dieser Facharbeitermangel nicht auch deswegen entsteht, weil die Eltern nicht wollen, daß ihre Kinder Arbeiter, Gewerbetreibende und so weiter werden. Dazu gibt es eine Fülle von notwendigen politischen Maßnahmen. Eine ist etwa die Verfolgung der Forderung der Gewerkschaften, ein Mindesteinkommen, einen Mindestlohn oder ein Mindestgehalt festzulegen. Eine andere ist, durch bessere Beratung auch die Eltern in der Richtung zu informieren, daß sie nicht alle Kinder automatisch in die AHS schicken.

Das Dritte wäre — jetzt sind wir wieder beim öffentlichen Dienst —, tatsächlich die Grundaussstattung mit Einkommen einzuführen und dann bei besonderen Qualifikationen diese auch honorieren zu können.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Eine Zusatzfrage wurde von der Frau Abgeordneten Stoitsits gewünscht. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Terezija **Stoitsits** (Grüne): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine vorbereitete Frage hat sich relativiert angesichts der Radiomeldung um 2 Uhr, daß im Block 2 des Atomkraftwerkes Bohunice ein Brand ausgebrochen sei. Wir haben inzwischen im Außenministerium angerufen, um zu erfahren, was da los ist. Das Außenministerium hat durch die grüne Fraktion erst davon Kenntnis erhalten.

Darf ich Sie jetzt in aller Form bitten, alles Nötige zu veranlassen, um die Frage zu klären, was es mit diesem Brand in Block 2 des Atomkraftwerkes Bohunice auf sich hat?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Frau Abgeordnete! Nach § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung muß jede Zusatzfrage in unmittelbarem Zusammenhang mit der Hauptfrage stehen. Das ist bei Ihrer Frage nicht der Fall. Daher ist eine Beantwortung in diesem Rahmen nicht möglich.

Wir kommen damit zur 12. Anfrage: Abgeordneter Hofer (*ÖVP*) an den Herrn Bundeskanzler. Bitte sehr. (*Abg. Mag. Terezija Stoitsits: Das ist ja verrückt! Bohunice brennt 80 Kilometer von hier! Und da soll eine Beantwortung nicht möglich sein? Das ist ja verrückt!*)

Abgeordneter **Hofer**: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine Anfrage lautet:

18/M

Welche konkreten regionalpolitischen Maßnahmen plant die Bundesregierung für Oberösterreich?

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Frau Präsidentin! Mit Ihrem Einverständnis möchte ich doch zu dem genannten Thema nur ein Wort sagen: Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich diese Fragestunde beenden. Ich stehe Ihnen dann sofort zur Beantwortung dieser Frage zur Verfügung. (*Abg. Mag. Terezija Stoitsits: Herr Bundeskanzler! Sie sind mit dieser Vorgangsweise auch einverstanden?*) Ja.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Oberösterreich weist im Vergleich zu anderen Bundesländern eine regionalwirtschaftlich günstige Lage auf. Zur Förderung innovativer Investitionen im Bereich der Industrie und des produzierenden Gewerbes in den oberösterreichischen Problemgebieten wurde 1990 für die Dauer von drei Jahren die vom Bund und Land gemeinsam finanzierte Förderungsaktion „Regionale Innovationsprämie“ eingerichtet. Die Abgrenzung der Förderungsgebiete wurde im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz vorgenommen. Es sind dies das Mühlviertel, große Teile des Innviertels, der Raum Steyr, das Braunkohlengebiet Hausruck und das innere Salzkammergut.

In Verbindung mit der Öffnung der Grenze zur Tschechoslowakei sieht das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr im Rahmen des Ostprogramms den Ausbau des Bahnverkehrs in die CSFR vor, was auch von großer regionalpolitischer Bedeutung, insbesondere für den oberösterreichischen Zentralraum und für das Mühlviertel, ist. Zudem wird die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals für die oberösterreichische Industrie Standortvorteile bringen. Die Verbesserung des Nahverkehrs in Ver-

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

bindung mit Park-and-ride-Lösungen wird fortgeführt, und außerdem soll eine höhere Attraktivität des Fremdenverkehrs im inneren Salzkammergut erzielt werden. Zu diesem Zweck wird eine vom Bund und vom Land Oberösterreich gemeinsam finanzierte Studie in Auftrag gegeben werden, womit auch effiziente Verkehrslösungen erarbeitet werden sollen.

Darüber hinaus steht das Bundeskanzleramt in Verhandlungen mit der ČSFR betreffend die Einrichtung einer österreichisch-tschechoslowakischen Raumordnungskommission, deren Ziel die Intensivierung der Raumordnungszusammenarbeit für die österreichisch-tschechoslowakischen Grenzgebiete ist.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Eine Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hofer.

Abgeordneter Hofer: Herr Bundeskanzler! Neben diesen erfreulichen Maßnahmen, die Sie jetzt mir und damit dem Hohen Hause genannt haben, ist ein Anliegen regionalpolitischer Art in unserem Bundesland die Eingliederung der sogenannten Landlerdeutschen, sofern sie nicht in ihrem Land zu bleiben bereit sind. Dieses Thema ist von Kollegen Ofner heute auch schon angeschnitten worden. Selbstverständlich ist es so, daß wir alles tun müssen, daß sie nach Möglichkeit in ihrer Heimat bleiben. Dennoch muß man aber feststellen, daß aus dem Gebiet Neppendorf, Großau oder Großpold im letzten Jahr etwas mehr als 3 000 ausgewandert sind. Ursprünglich waren es mehr als 5 000. Leider sind alle in die Bundesrepublik Deutschland gegangen, nur 50 sind nach Österreich gekommen. Die Schwierigkeiten ergeben sich aufgrund unserer Gesetzgebung, weil eben die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Eingliederung ehemaliger Deutscher wesentlich großzügiger ist.

Ich möchte Sie daher fragen, Herr Bundeskanzler: Sehen Sie eine Möglichkeit, im Rahmen der Bundesregierung für die Eingliederung dieser Landlerdeutschen etwas zu tun?

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe keine unmittelbare Patentantwort auf Ihre Frage zur Hand, weil ich mit diesem Problem in der letzten Zeit nicht beschäftigt war. Aber ich nehme gerne im Zusammenhang mit den anderen heute hier schon behandelten Fragen auch Ihr Thema auf und werde Ihnen später darauf eine Antwort geben.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hofer, bitte.

Abgeordneter Hofer: Nur kurz noch, Herr Bundeskanzler. Könnten Sie sich vorstellen, weil

es sich ja nur um sehr wenige Menschen handelt, daß man dieses Problem unbürokratisch von Fall zu Fall mittels eines Ministerratsbeschlusses klärt? Mittels eines solchen Beschlusses könnte so ein Antragsteller österreichischer Staatsbürger werden.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Ja, Herr Abgeordneter, das kann ich mir schon vorstellen. Wir brauchen natürlich, sofern es sich um finanzielle Mittel handelt, die Sie ja auch angesprochen haben, eine Budgetierung. Diese kann nicht von Fall zu Fall erfolgen, sondern sie muß im Bundesfinanzgesetz festgelegt sein.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Zu einer weiteren Zusatzfrage gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Peter. Bitte.

Abgeordneter Mag. Peter (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Sie haben die Regionalstudie des inneren Salzkammergutes angetönt. Dazu meine Zusatzfrage: Das innere Salzkammergut leidet vor allem an der einsaisonalen Struktur und an den starken ausflugstouristischen Belastungen. Sind in der Studie, die Sie in Auftrag gegeben haben, investive Elemente enthalten, die zur Schaffung des Ganzjahrestourismus im Salzkammergut dienen sollen? Haben Sie Leitsysteme in dieser Studie eingebaut, die die massentouristischen Belastungen des Salzkammergutes, vor allem des inneren Salzkammergutes, vor allem von Hallstatt, hintanhaltend können?

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter! Soweit ich über diese Studie informiert bin, ist es eine Studie, die sich schwerpunktmäßig mit Verkehrslösungen und -entflechtungen und der Beseitigung von punktuellen Belastungen beschäftigt, die zweitens aber auch das Gefälle im Gesamttraum Salzkammergut ausgleichen soll. Es gibt ja vom nationalen und internationalen Tourismus bevorzugte Gebiete des Salzkammergutes. Andere, etwa der südliche Teil des oberösterreichischen Salzkammergutes, sind nicht gerade bevorzugte Gebiete. Es geht darum, Entwicklungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten für die nicht bevorzugten Gebiete zu entwickeln und letztendlich bestimmte Finanzierungsüberlegungen anzustellen, wie investive Vorhaben umgesetzt werden können.

Im übrigen, Herr Abgeordneter, ist das auch so eine Angelegenheit: Diese Studie soll ja nicht irgendwo isoliert im stillen Kämmerlein gemacht werden, sondern mit den Interessierten. Daher werden von dort sicherlich auch Feedbacks kommen.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Abgeordneter Anschöber hat sich zu einer weiteren Zusatzfrage gemeldet. Bitte.

Anshober

Abgeordneter **Anshober** (Grüne): Herr Bundeskanzler! Im Rahmen der Ostöffnung wird gerade im Mühlviertel die Frage des Transitverkehrs besonders relevant. Es wäre eine Forderung aus ganz Oberösterreich, auch unterstützt von der oberösterreichischen Landesregierung, daß als Regionalförderungsmaßnahme und im Sinne einer Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene die Summerauer Bahn in das Konzept Neue Bahn übernommen wird.

Frage: Bekennt sich die Bundesregierung dazu, daß es zu einem raschen Ausbau der Summerauer Bahn und zu einer Übernahme in das Konzept Neue Bahn kommt?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Herr Abgeordneter! Der zuständige Bundesminister Dr. Streicher ist mit der oberösterreichischen Landesregierung diesbezüglich in Kontakt. Soweit ich informiert bin, hat man sich geeinigt, diese Bahn grundsätzlich zu planen und auch die Planungskosten zu übernehmen. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob das formal in diesem Programmkomplex Neue Bahn drin ist, aber es ist jedenfalls ein sehr konkretes Vorhaben zwischen Verkehrsministerium beziehungsweise ÖBB-Generaldirektion auf der einen und der oberösterreichischen Landesregierung auf der anderen Seite.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Frau Abgeordnete Graenitz hat sich zu einer Zusatzfrage gemeldet. — Bitte.

Abgeordnete Dkfm. Ilona **Graenitz** (SPÖ): Herr Bundeskanzler! Sie haben auf den Plan, eine gemeinsame Raumordnungskommission zwischen der CSFR und Österreich zu schaffen, hingewiesen, und ich glaube, daß das ein sehr wichtiger Schritt ist, weil Fragen der Raumordnung und Raumplanung, die grenzüberschreitend gemeinsam erarbeitet werden, sicherlich für ein zukünftiges Europa von großer Bedeutung sein werden.

Ich hätte da gerne etwas genauer nachgefragt und hätte gerne gewußt, welche Kontakte zu Raumplanungsstellen in der CSFR bereits bestehen und ob gemeinsame Vorhaben von regionalpolitischer Bedeutung bereits geplant sind.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Anlässlich des Besuchs von Ministerpräsidenten Čalfa in Wien zu Beginn des Jahres 1990 hat Österreich die Einrichtung einer tschechoslowakisch-österreichischen Raumordnungskommission vorgeschlagen. Wir sind auch weiterhin daran interessiert, haben aber, weil ein solches Abkommen formal noch nicht zustande

gekommen ist, in der Zwischenzeit informell mit den Fachdienststellen Kontakte aufgebaut. Zurzeit wird eine gemeinsame Regionalanalyse im Grenzraum vorbereitet. In Österreich wird diese Analyse vorgenommen vom Österreichischen Institut für Raumplanung, auf der Seite des Nachbarlandes von den Planungsinstituten Terplan und Urbion.

Für den oberösterreichischen Grenzraum hat die oberösterreichische Landesplanung ihrerseits Kontakte zum südböhmischen Kreis aufgebaut, und es ist beabsichtigt, die bisher gemachten sehr guten Erfahrungen Bayerns mit dem Naturpark Bayerischer Wald auch für die touristische Entwicklung des Böhmerwaldes zu nutzen, um dadurch grenzüberschreitende Tourismusprojekte zu initiieren.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Wir kommen zur 13. Anfrage: Abgeordnete Madeleine Petrovic (*Grüne*) an den Herrn Bundeskanzler.

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Dr. Madeleine **Petrovic**: Ich stelle folgende Anfrage an Frau Bundesministerin Johanna Dohnal in bezug auf das Pensionsalter:

27/M

Sind Sie auch der Meinung, daß die (langfristige) Angleichung des Pensionsalters von Mann und Frau nur gleichzeitig, und zwar in einem Gesetzespaket, mit anderen Maßnahmen zur realen Gleichstellung der Frau beschlossen werden darf?

Bundesministerin ohne Portefeuille Johanna **Dohnal**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich möchte dies nicht als Gesetzespaket bezeichnen, weil das so nicht stimmen wird. Die Ausgangsbasis ist die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, und daher sind bis 30. 11. 1991 Maßnahmen zu setzen.

Ich bin ganz entschieden der Meinung, daß eine Angleichung des Pensionsalters nur Hand in Hand mit einer Reihe von Maßnahmen zur weiteren gesetzlichen, vor allem aber realen Gleichstellung der Frauen zu verantworten ist. Wir wissen ja, daß Frauen, besonders was ihre Arbeitsbelastung anbelangt, nach wie vor unzähligen Benachteiligungen ausgesetzt sind. Ich nenne nur ein Faktum: Neben der 40-Stunden- oder auch 38-Stunden- oder 38,5-Stunden-Arbeitswoche haben Frauen noch durchschnittlich 35 Stunden im Haushalt zu arbeiten. Und das bezieht sich nicht nur auf die Kindererziehung.

Unter diesen Umständen geht ja auch die Argumentation mit einem abstrakten Gleichheitsgrundsatz an der Lebensrealität vorbei. Das heißt aber andererseits, daß es unter Hinweis auf den Vertrauensschutz, der vom Verfassungsgerichtshof ja deutlich hervorgehoben wird, keineswegs

Bundesministerin ohne Portefeuille Johanna Dohnal

zu einer sofortigen Anhebung des Pensionsalters von Frauen kommen kann. Die Regelungen, die geschaffen werden müssen, haben so langfristig zu sein, daß dieser Vertrauensschutz gewährleistet wird. Dazu sind viele Maßnahmen notwendig, zum Beispiel über die Kinderbetreuung hinausgehende Anrechnungskriterien, die noch zu finden und zu definieren sind, um eine gerechte, den weiblichen Lebenszusammenhang berücksichtigende Pensionsregelung zu erreichen.

In dieser Legislaturperiode ist auch der Aufbau einer Mindestsicherung im Alter geplant, die nicht so wie die derzeitige Ausgleichszulage an das Einkommen des Ehepartners gebunden ist. Aber die entscheidende Grundlage für eine der Lebensführung entsprechende finanzielle Absicherung im Alter im Zusammenhang mit der Erreichung von Pensionszeiten und daher mit dem Pensionsalter sind die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

Erst wenn in diesen Bereichen eine De-facto-Gleichstellung der Frauen erreicht ist, kann man über eine Gleichstellung von Frauen und Männern beim Pensionsanfallsalter reden. Unterstützende Maßnahmen darüber hinaus sind auch noch, die gerechte Aufteilung der Familienarbeit zu fördern, weiters die Schaffung von Frauenförderungsmaßnahmen für den Bundesdienst und für die Privatwirtschaft, sowohl was die finanzielle Gleichstellung als auch was die Aufstiegsmöglichkeiten betrifft. Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, nämlich ein flächendeckendes Netz von ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Sie sehen an Hand dieser Maßnahmen: Es wird nicht nur um ein Gesetz gehen können, sondern um einen Katalog von Maßnahmen, die aber auch zu realisieren sind, und die Regelung des Pensionsalters muß mit diesen gesellschaftspolitischen Maßnahmen korrespondieren.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

Abgeordnete Dr. Madeleine **Petrovic**: Frau Bundesministerin! Sie haben soeben erwähnt, daß bis zum 30. November des heurigen Jahres die Pensionsregelung zu reformieren ist. Können Sie konkretisieren, welche gesetzlichen Inhalte es geben muß, damit die Pensionsregelung Ihre Zustimmung findet, beziehungsweise wie stehen Sie insbesondere zum Ausgleichszulagenrichtsatz für Ehepaare, der für Frauen besonders diskriminierend ist, da er diese letztendlich als Anhängsel ihres Ehemannes behandelt?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte, Frau Minister.

Bundesministerin Johanna **Dohnal**: Frau Abgeordnete! Gestatten Sie, daß ich mit dem zweiten Teil Ihrer Frage anfangen. Ich habe schon gesagt, ich strebe an, daß beim Ausgleichszulagenrichtsatz das Ehegatteneinkommen — jetzt einmal geschlechtsneutral formuliert — unberücksichtigt bleiben soll, weil es ja in der Konsequenz dazu führt, daß verheiratete Frauen benachteiligt sind, und das kann ja auch nicht im Sinne des Erfinders sein.

Zu den Regelungen in bezug auf das Pensionsalter: Ich wiederhole noch einmal: Es geht hier um Regelungen, die zu finden sind und die nicht in einem Gesetz festzuschreiben sind. Es geht um die Veränderung von Bedingungen. Das heißt, daß es im Gesetz selber sehr stark um die Fristen gehen wird und darum, für welche Frauen in welcher Lebenssituation an eine Anhebung des Pensionsalters gedacht werden kann. Das heißt also, der Hauptpunkt wird sein, das so zu lösen, daß jene Frauen, die heute im Beruf stehen, die mit diesem Vertrauen in die Arbeitswelt eingetreten sind, die aber auch unter den bestehenden Lebensbedingungen eingetreten sind, sich auf den Vertrauensschutz, den ja auch der VGH postuliert, verlassen können.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Wird eine weitere Zusatzfrage gewünscht? — Bitte.

Abgeordnete Dr. Madeleine **Petrovic**: Frau Bundesministerin! Sie leiten das Frauenministerium, das meiner Meinung nach zu Recht von den Familienagenden abgekoppelt wird, um bessere Möglichkeiten für Frauen zur Teilnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere im Bereich der Arbeitswelt, zu erreichen.

Sie haben selbst soeben den anderen Teil der Aufgaben, den anderen Teil der Anliegen angesprochen, den es zu bewältigen gilt, nämlich die bessere Integration von Männern im Rahmen der sogenannten Reproduktionsarbeit. Kann die Grüne Alternative mit Ihrer Unterstützung rechnen, wenn wir in Form eines Gesetzesantrages den Vaterschutz im Rahmen eines Beschäftigungsverbot und/oder die Möglichkeit eines Vaterschaftsurlaubes verlangen werden?

Bundesministerin Johanna **Dohnal**: Ich muß zuerst richtigstellen, daß es kein Frauenministerium gibt, sondern eine Frauenministerin im Bundeskanzleramt, wobei die fehlende Struktur noch aufzubauen ist.

Ihre Frage nach einem Vaterschaftsurlaub kann ich, das erste Mal damit konfrontiert, jetzt nicht beantworten. Wir kennen den Karenzurlaub, das Karenzurlaubsgeld und den Mutterschaftsurlaub. Der Mutterschaftsurlaub ist aber gekoppelt an die Schwangerschaft.

Bundesministerin Johanna Dohnal

Ich bin aber für jede neue Idee offen und auch diskussionsbereit und lade nicht nur die Grüne Alternative, sondern darüber hinaus alle Frauen Österreichs ein, mir ihre Vorschläge zu übermitteln und darüber mit mir zu diskutieren.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Frau Abgeordnete Partik-Pablé hat sich zu einer Zusatzfrage gemeldet. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Dr. Helene **Partik-Pablé** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Minister! Nicht nur die Höhe des Pensionsanfallsalters ist zu diskutieren, sondern — Sie haben das ja schon angedeutet — insbesondere die immer größer werdende Differenz zwischen den Pensionen für Frauen und für Männer. Im Laufe Ihrer Tätigkeit im Staatssekretariat hat sich die Differenz immer mehr zum Nachteil der Frauen vergrößert. Sie haben zugesagt, daß Sie für eine Mindestsicherung eintreten werden.

Mich würde interessieren: Wie soll eine solche Mindestsicherung ausschauen? Und wann soll sie in Kraft treten?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte, Frau Ministerin.

Bundesministerin Johanna **Dohnal**: Frau Abgeordnete Partik-Pablé! Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie das Auseinanderklaffen der Pensionen der Frauen und der Männer mit meiner Tätigkeit im Staatssekretariat in Verbindung bringen. Das ist Ihre Ansicht. Ich sehe hier keinen Zusammenhang. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Trotz Ihrer Tätigkeit!*) Ja, auch trotz unser aller. Wir kennen aber auch die Gründe.

Ich möchte Ihnen die Frage wie folgt beantworten: Die Mindestsicherung ist ja jetzt gegeben durch die Ausgleichszulage, allerdings mit dem wirklichen Schönheitsfehler, daß Frauen, die verheiratet waren, obwohl sie lange gearbeitet haben, mit Unterbrechungen, aber trotzdem lange gearbeitet haben, oft teilzeitbeschäftigt waren, zu sehr geringen „Pensionshöhen“ kommen — wobei dann das Wort „Höhe“ vielleicht nicht sehr angebracht ist — und keine Ausgleichszulagen erhalten, weil das Ehegatteneinkommen angerechnet wird. Der erste Schritt wäre, einmal von diesem System wegzukommen. Darüber hinaus werde ich in die Diskussion sehr wohl diesen Aspekt einer Mindestsicherung miteinbringen.

Es ist — das ist Ihnen ja auch bekannt — im Koalitionsabkommen die Absicht festgeschrieben, über die Erhöhung der Ausgleichszulagen für Alleinstehende und Ehepartner hinausgehend Schritte zu einer Mindestsicherung zu setzen. Realistischerweise würde ich meinen, daß in dieser Legislaturperiode die Durchsetzung dieses Vorhabens der Koalition, das auch festgeschrieben ist, erreicht werden kann, aber jetzt schon

massiv für eine Weiterentwicklung einer echten Mindestabsicherung gearbeitet werden muß.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Zu einer Zusatzfrage gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Korosec. Bitte.

Abgeordnete Ingrid **Korosec** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Ministerin! Im Koalitionsübereinkommen wurde ja auch vereinbart, daß die Kindererziehungszeiten angerechnet werden sollen, und so in etwa alle Frauen ab 1960 und jünger. Das war ein besonderes Anliegen der Österreichischen Volkspartei.

Meine Frage lautet: Werden Sie, Frau Ministerin, uns dahin gehend unterstützen, daß diese Kindererziehungszeiten bereits für jene Frauen in Geltung treten, die ab dem 1. Jänner 1992 in Pension gehen?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte.

Bundesministerin Johanna **Dohnal**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wie ich wissen Sie, daß ja nach dieser Diskussion, in der es um diese fixe Jahreszahlangelegenheit gegangen ist, weitere Diskussionen stattgefunden haben und daß im Zusammenhang mit einer Pensionsreform in dieser Richtung, die Absicht umsetzend, die Kindererziehungszeiten anzurechnen und in der Korrespondenz jetzt mit dem Verfassungsgerichtshofurteil, sicher die Frage der Fristen neu diskutiert werden muß. Ich würde meinen, daß heute keine Jahreszahl genannt werden sollte, weil das in einem Gesamtpaket zu sehen ist. Im Zuge der Koalitionsverhandlungen kam ja das Verfassungsgerichtshofurteil. Und daher ist diese Frage, auch was die Jahreszahl betrifft, sicher neu zu diskutieren. Es gibt ja sicher mehrere Möglichkeiten auch bezüglich der Etappen.

Ich kann Ihnen heute hier zusichern, daß ich so wie Sie mir Gedanken mache und auch bereit bin, darüber zu diskutieren und das auch mit einzubringen. Wir sind hier flexibel und tragen der Lebensrealität Rechnung und arbeiten nicht mit einem Lineal.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Frau Abgeordnete Hostasch hat sich zu einer Zusatzfrage gemeldet. Bitte.

Abgeordnete Eleonora **Hostasch** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Ministerin! Wir haben in Österreich seit vielen Jahren das Gleichbehandlungsgesetz. Dieses konnte in einigen Fällen eine Diskriminierung der Frauen zwar beseitigen, hat sich aber trotzdem noch nicht als voll wirksames Gesetz zu einer tatsächlichen Gleichbehandlung für die Frauen in der Berufswelt herausgestellt.

Können Sie sich weitere Maßnahmen im Rahmen des Gleichbehandlungsgesetzes vorstellen,

Eleonora Hostasch

um eine noch effizientere Umsetzung dieses Gesetzes sicherzustellen?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Bitte.

Bundesministerin Johanna **Dohnal**: Frau Abgeordnete: Ja. Ich kann sie mir nicht nur vorstellen, es gibt auch schon einen Katalog von konkreten Vorschlägen. Es ist auch heute eine Frage in dieser Richtung an mich gestellt worden. Ich bin auch fest entschlossen, mit dem Sozialminister, mit den Sozialpartnern diese konkreten Vorschläge, die zum Großteil auch von den ÖGB-Frauen kommen, in die Realität umzusetzen.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Danke. Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen. Somit ist die Fragestunde beendet.

Zuweisungen

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

dem Justizausschuß:

den Antrag 55/A der Abgeordneten Dr. Fuhrmann, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch und das Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial geändert werden;

dem Ausschuß für Arbeit und Soziales:

den Antrag 56/A der Abgeordneten Eleonora Hostasch, Dr. Feurstein und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Beihilfenverlängerungsgesetz geändert wird;

dem Handelsausschuß:

den Antrag 57/A (E) der Abgeordneten Mag. Peter und Genossen betreffend eine Unfallversicherung für die österreichischen Bergrettungsleute.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebene Regierungsvorlage

Bundesgesetz, mit dem die Ermächtung zur Veräußerung von Anteilsrechten an der „Creditanstalt-Bankverein“ und der „Österreichische Länderbank Aktiengesellschaft“ und zum Erwerb von Anteilsrechten an Banken oder Bankholdinggesellschaften erteilt sowie das Bundesgesetz BGBl. Nr. 323/1987 abgeändert wird (43 der Beilagen),

weise ich

dem Finanzausschuß

zu.

Fristsetzungsanträge

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Weiters teile ich mit, daß die Frau Abgeordnete Mag. Marijana Grandits beantragt hat, dem Finanzausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 50/A (E) der Abgeordneten Monika Langthaler und Genossen betreffend umgehende Einrichtung eines osteuropäischen Energie- und Umweltfonds eine Frist bis 20. Feber 1991 zu setzen.

Überdies liegt das von fünf Abgeordneten gemäß § 43 Abs. 3 der Geschäftsordnung gestellte Verlangen vor, eine kurze Debatte über diesen Fristsetzungsantrag durchzuführen.

Gemäß § 94 Abs. 5 der Geschäftsordnung ist eine Kurzdebatte gemäß § 57a in Fragestundensitzungen nicht zulässig.

Ferner teile ich mit, daß die Abgeordneten Dr. Fuhrmann und Dr. Neisser beantragt haben, dem Justizausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 55/A der Abgeordneten Dr. Fuhrmann, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch und das Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial geändert werden, eine Frist bis 16. Jänner 1991 zu setzen.

Abstimmung über Fristsetzungsanträge

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag, dem Finanzausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 50/A (E) der Abgeordneten Monika Langthaler und Genossen betreffend umgehende Einrichtung eines osteuropäischen Energie- und Umweltfonds eine Frist bis 20. Feber 1991 zu setzen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Fristsetzungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist die **Minderheit**. Der Antrag ist somit **a b g e l e h n t**.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag, dem Justizausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 55/A der Abgeordneten Dr. Fuhrmann, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch und das Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial geändert werden, eine Frist bis 16. Jänner 1991 zu setzen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Fristsetzungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist die **Mehrheit**. Der Antrag ist somit **a n g e n o m m e n**.

Einwendungen gegen die Tagesordnung

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Die Abgeordnete Stoisits hat im Sinne des § 50 der Geschäfts-

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

ordnung schriftlich Einwendungen gegen die ausgegebene Tagesordnung der nächsten Sitzung erhoben.

Ich trete diesen Einwendungen nicht bei, weshalb der Nationalrat zu entscheiden hat.

Gemäß § 50 der Geschäftsordnung findet über solche Einwendungen eine Debatte statt, für die ich die Redezeit auf fünf Minuten beschränke.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Voggenhuber. Ich erteile es ihm.

14.50

Abgeordneter **Voggenhuber** (Grüne): Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Dritter Akt der Galavorstellung der Regierungskoalition in Sachen Parlamentarismus.

Meine Damen und Herren! Im NORICUM-Verfahren wurde immer wieder darauf verwiesen, daß das Kriegsmaterialgesetz ein Gesetz voller Schwächen, Unklarheiten, Rechtsunsicherheiten, schwammiger Formulierungen und dergleichen ist. Die Verantwortung dafür trägt dieses Parlament. Wenn in den nächsten Gerichtsverfahren, die auf uns zukommen, in Fragen der Neutralitätsgefährdung dieser Vorwurf wieder erhoben wird, dann werden wir darauf bestehen, daß man in den Protokollen dieser Sitzung nachsieht, wer die Ungeheuerlichkeiten, die schwammigen Formulierungen, die Unklarheiten, die Gummiparagraphen des Initiativantrages der SPÖ hier im Hause beschlossen hat, wer es zu verantworten hat, daß die Regierung unter dem Deckmantel eines Initiativantrages von SPÖ und ÖVP dieses Parlament übergehen konnte.

Sie glauben, das ist vielleicht eine besonders lustige Obstruktion der Opposition. Da irren Sie sich! Das ist ein Widerstand, ein politischer Widerstand und ein demokratischer Widerstand gegen die Selbstentmündigung dieses Parlaments.

Herr Klubobmann Neisser! Sie haben hier in diesem Hause angekündigt — ich habe Ihnen damals schon gesagt, daß ich auf Ihre Worte setze —, für ein starkes Parlament sorgen zu wollen, Sie haben angekündigt, dafür einzutreten, daß dieses Parlament nicht mehr Handlanger der Bundesregierung ist.

Ich möchte Ihnen, Herr Klubobmann, hier schon eines zu bedenken geben: Eines wird nicht möglich sein: daß Sie sich auf der einen Seite in der öffentlichen demokratischen Debatte als ein Vertreter des Parlamentarismus profilieren wollen, daß Sie der Öffentlichkeit erklären: Ja, dieses Parlament braucht eine Entwicklung, dieses Parlament braucht eine demokratische Reform, dieses Parlament braucht eine lebendigere Debatte und einen größeren Respekt der Mächtigen vor

diesem Parlament!, und auf der anderen Seite zustimmen, daß in einer zentralen Frage des Staates dieses Parlament niedergewalzt wird. Etwas anderes geschieht doch nicht! (*Abg. Dr. Neisser: Gibi es keine öffentliche Diskussion darüber?*)

Herr Klubobmann Neisser! Die öffentliche Diskussion — das sehen Sie, wenn Sie sich die Mühe machen, beispielsweise die APA oder die heutigen Tageszeitungen zu lesen — hat heute nur ein Thema und die Briefe und Telegramme, die wir bekommen, haben auch alle nur ein Thema: den Protest gegen die Entmündigung des Parlaments. Diese Debatte haben Sie allerdings zustande gebracht. Mehr Zeit, sich nämlich mit dem Inhalt der Materien zu befassen, hatte die Öffentlichkeit ja nicht und auch nicht dieses Haus, weil wir nämlich die letzte der 24 Varianten Ihres Initiativantrages erst gestern früh erhalten haben.

Und ich fasse es einfach nicht, daß man nicht den Respekt aufbringen und auch nicht die Konsistenz der eigenen Versprechungen weiterführen und sagen kann: Diese Vorgangsweise, liebe Bundesregierung, in diesem Parlament nicht mehr! Sie können es nicht, Herr Klubobmann Neisser! Sie können nicht in der Öffentlichkeit die Stärkung des Parlaments versprechen und diese Prozedur dann mittragen! Das ist nicht möglich!

Herr Klubobmann Neisser! Über eines sollten wir uns doch verständigen: Wenn es einer Stärkung des Parlaments bedarf, dann wird es notwendig sein, daß sich diese Fraktionen auch gegen die Arroganz der Macht der Bundesregierung stellen.

Lassen Sie mich, da meine Redezeit schon zu Ende geht, noch eines hinzufügen: Die FPÖ als Oppositionspartei meldet sich heute in dieser Debatte überhaupt nicht zu Wort. Sie ist für die Entmündigung des Parlaments. Sie hat allerdings einen kühnen Parteiboss, der heute eine Pressekonferenz abhält. Dieser Parteiboss — das dürfte zu seiner Fraktion hier im Hause nicht durchgedrungen sein — bezeichnet die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes kühn als den größten Unsinn, den es seit langem gegeben hat, und bezichtigt die Bundesregierung, mit dieser Änderung des Gesetzes das schlechte Gewissen vor den Amerikanern hier zu befriedigen, behauptet, daß mit diesem Husch-Pfusch-Gesetz — wörtliches Zitat — ein außenpolitischer Scherbenhaufen angerichtet wird und daß mit diesem Gesetz Österreich immer mehr in den Golfkonflikt hineingezogen wird. Während der Parteiboss der FPÖ in einer Pressekonferenz verkündet, daß dieses Gesetz außenpolitisch, neutralitätspolitisch und demokratiepolitisch der größte Unsinn ist, den er je gehört hat, betreibt hier seine Fraktion in dieser Sitzung den Beschluß dieses Gesetzes!

Voggenhuber

Meine Damen und Herren! Die Oppositionspartei . . . (*Abg. Dr. Schwimmer: Sie wollen jetzt Abgeordnete entmündigen!*) Ich will Sie gar nicht entmündigen, aber Sie irren sich! Aber ganz im Gegenteil! Sehr geehrter Herr . . .

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Herr Abgeordneter Voggenhuber, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Schluß, oder ich muß Ihnen das Wort entziehen.

Abgeordneter **Voggenhuber** (*fortsetzend*): Ich komme zum Schlußsatz.

Herr Abgeordneter, ganz im Gegenteil! Ich will die Oppositionspartei FPÖ nicht entmündigen. Ich möchte, daß Sie hier vor aller Augen und Ohren bekunden, daß Sie diesen Scherbenhaufen in der Außenpolitik, Neutralitätspolitik und Demokratiepoltik mittragen und mitverursachen, damit es die Österreicher in diesem Land auch wissen! 14.57

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Stoitsits. Ich erteile es ihr und weise darauf hin, daß die Redezeit 5 Minuten beträgt. (*Abg. Dr. Graff: Frau Abgeordnete! Sie werden vom Herrn Voggenhuber mißbraucht!*)

14.57

Abgeordnete Mag. Terezija **Stoitsits** (Grüne): Herr Abgeordneter Graff! Haben Sie keine anderen Sorgen, wo doch vielleicht morgen der Krieg am Golf ausbrechen kann? Sie haben doch, soweit ich weiß, zwei kleine Kinder zu Hause, und Sie haben keine anderen Sorgen, als sich zu fragen, ob Abgeordneter Voggenhuber die Abgeordnete Stoitsits geschäftsordnungsmäßig mißbraucht. Nein, wirklich! Es ist wirklich ein Trauerspiel, was hier heute passiert. (*Abg. Dr. Schwimmer: Sie machen geschäftsordnungsmäßig . . .!*) Nicht nur Herr Abgeordneter Graff mit seinen absolut unqualifizierten Wortmeldungen ist ein Trauerspiel.

Das eigentliche Trauerspiel spielt sich doch ganz woanders ab. Es ist nämlich so, daß die Damen und Herren Abgeordneten nicht mitdenken. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Khol.*) Sie, Herr Abgeordneter Khol, denken offensichtlich auch nicht an Ihre Söhne und Töchter, sondern ereifern sich hier in Wortmeldungen. Sie denken nicht daran, was womöglich jetzt draußen passiert. (*Abg. Dr. Khol: Das ist die Haltet-den-Dieb-Methode! Sie nehmen das Parlament nicht ernst! Sie machen ein Kasperltheater!* — *Abg. Dr. Graff: Reden wir über den Golf!* — *Abg. Dr. Khol: Nicht nur über die Geschäftsordnung!*)

Ich möchte, da es der Herr Bundeskanzler trotz meiner Bitte nicht getan hat, Ihnen eine sogenannte „Entwarnungsmeldung“ geben. Der Block 2-Reaktor Bohunice hat gebrannt. Gott sei

Dank brennt er nicht mehr. Er hat gestern gebrannt. Wir, die wir offensichtlich die einzig Sensiblen in diesem Punkt hier in diesem Haus sind, haben das für eine besorgniserregende Meldung in den 2-Uhr-Nachrichten des ORF gehalten und ihn deshalb gebeten, dazu Stellung zu nehmen.

Aber jetzt komme ich zurück zu dem, was hier heute nicht diskutiert wird. Hier wird nämlich nicht diskutiert, wie viele Menschen womöglich im nächsten Monat durch VOEST-Haubitzen im Mittleren Osten umkommen. Darüber redet hier niemand! (*Abg. Schieder: Weil statt dessen lauter Geschäftsordnungsdebatten geführt werden! Wir wären schon in der Debatte!*) Darüber redet hier niemand! (*Abg. Dr. Khol: Sie verhindern das! Sie lassen uns nicht reden! Mit Ihren Mätzchen zur Geschäftsordnung verhindern Sie die Diskussion!*) Darüber redet hier niemand, daß Kinder, Frauen, Soldaten aus allen Ländern am Golf sterben werden, und das unter anderem durch österreichische Waffen! Und genau über dieses Thema wollen wir eine lange und breite Diskussion im österreichischen Nationalrat führen. (*Abg. Dr. Khol: Sie verhindern das durch Ihre Obstruktion!*)

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Die Frau Abgeordnete ist am Wort. Ich bitte, es ihr zu lassen!

Abgeordnete Mag. Terezija **Stoitsits** (*fortsetzend*): Danke, das ist ganz reizend!

Wir wollen die österreichische Bevölkerung darüber aufklären, worum es in diesem 24-Stunden-Gesetz geht. Wir wollen das! Sie wollen das nicht, denn Sie drücken hier . . . (*Abg. Dr. Khol: Sie wollen nur über die Geschäftsordnung reden!*) Sie drücken hier Waffenschiebereien in den Mittleren Osten durch. Wir wollen das nicht, wir wollen eine breitangelegte Diskussion. Wir wollen im Justizausschuß tagelang darüber diskutieren. Sie wollen das nicht.

Darum ist das, was ich hier mache, nicht Mißbrauch der Geschäftsordnung (*Abg. Dr. Khol: Natürlich! Sie verhindern die Diskussion!*), sondern ich nehme mir als frei gewählte Abgeordnete dieser Republik das Recht heraus, die österreichische Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, wie sie hier mit einem Kriegsmaterialgesetz vergewaltigt wird. Das mache ich hier! (*Abg. Dr. Khol: Das ist Obstruktionspolitik!*)

Sie können sich ja melden, Herr Abgeordneter Khol, melden Sie sich! Die Debatte kann lang genug sein. (*Abg. Dr. Khol: Aber nicht zur Geschäftsordnung!*) Melden Sie sich bitte und sagen Sie uns, warum auch Sie binnen 24 Stunden dieses Gesetz hier durchziehen wollen! Erklären Sie uns das! (*Abg. Dr. Khol: Das ist augenscheinlich!*)

Mag. Terezija Stoits

Darüber will man ja hier nicht sprechen, darüber will hier niemand diskutieren, welchen Inhalt dieses Gesetz hat. (*Abg. Dr. Fuhrmann: Wir werden das tun, wenn Sie endlich mit der Geschäftsordnungsdebatte aufhören!*) Herr Klubobmann, Sie kommen auch noch oft daran, wenn Sie wollen und wenn Sie tatsächlich der österreichischen Bevölkerung sagen wollen, was hier beabsichtigt ist. Wenn Sie das wirklich wollen, werden Sie hier im Parlament Gelegenheit genug dazu haben. — Danke. (*Beifall bei den Grünen.* — *Abg. Dr. Fuhrmann: Dann hören Sie doch endlich auf, uns inhaltlich zum dritten Mal das gleiche zu sagen!*) 15.02

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Petrovic. Ich erteile es ihr.

15.02

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (Grüne): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Mir ist vor einigen Tagen eine Tagesordnung für die heutige Sitzung zugeleitet worden, auf die ich mich selbstverständlich vorbereitet habe, eingehend vorbereitet habe. Dort ist es insbesondere um Fragen der sozialen Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher gegangen, um die Frage der Arbeitsinspektion, aber auch um ökologische Themen, wie etwa das Waldsterben.

All das ist plötzlich uninteressant geworden. Die Tagesordnung, die von der Mehrheit hier beschlossen wurde, wird auf den Kopf gestellt, um den Kopf einiger Regierungsmitglieder aus der strafrechtlichen Schlinge zu ziehen.

Sozialthemen treten zurück, wenn es wieder einmal darum geht, die strafrechtliche Verfolgung von Regierungsmitgliedern zu verhindern.

Im Strafgesetzbuch selbst und in der Europäischen Menschenrechtskonvention wird zum Schutz von Personen, die möglicherweise ein Delikt begehen könnten, gefordert, daß niemals eine Strafe für Verhaltensweisen verhängt werden darf, die nicht schon im Vorhinein, das heißt vor ihrer Begehung, mit Strafe bedroht waren. Jetzt zeigt sich der Prozeß in der entgegengesetzten Richtung, nämlich daß man ganz offensichtlich darauf gekommen ist, daß bereits Tausende Flüge über österreichisches Gebiet stattgefunden haben und daß jetzt ein massiver Einsatz von Kriegsmaschinen bevorsteht. Eben deswegen, weil das in Österreich verboten ist, mit gutem Grund verboten ist, werden die Regierungsfaktionen darangehen, dieses Gesetz zu ändern, damit die dafür Schuldigen nicht bestraft werden können.

Und das wird in der Form getan, daß die von den Mehrheitsparteien festgelegte Geschäftsordnung von den Abgeordneten selbst, weil es ihnen halt so paßt, umgestoßen wird.

Die Konsequenzen werden gewaltig sein. Das neutrale Österreich, das „noch“ neutrale Österreich, wird einen Beitrag dazu leisten, daß eine weitere Region dieser Erde devastiert wird. Wir haben schon sehr viele kaputte Zonen. Weißrussland ist kaputt. Weite Teile Ostafrikas sind kaputt. Amazonien ist kaputt. Viele Teile Mittel- und Osteuropas sind ökologisch kaputt. Jetzt wird es auch die Golfregion sein.

Dem Blutbad, das dort bevorsteht, wird eine Periode des Hungers und der Not folgen; nicht für einen Aggressor, sondern für Abertausende Menschen. Das alles wird in Kauf genommen, um eben den Kopf einiger weniger aus der strafrechtlichen Schlinge zu ziehen, damit es dann wirklich mit Fug und Recht heißen wird: Die kleinen Gauer hängt man, die großen ändern sich selbst das Strafgesetz.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß Tierversuche aufgrund ihrer verheerenden Auswirkungen auf Menschen und Mitwelt abzuschaffen sind. (*Beifall bei den Grünen.*) 15.05

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Heindl. Ich erteile es ihr.

15.05

Abgeordnete Christine Heindl (Grüne): Meine Damen und Herren! 183 Personen haben die Aufgabe, hier in diesem Haus Gesetze im Namen des österreichischen Volkes zu machen. Allein die Abgeordneten der Grünen Alternative bemühen sich, die Diskussion über derart wichtige Entscheidungen jetzt hier in diesem Haus für die Öffentlichkeit einsichtig zu führen.

Das heißt, 183 minus zehn Personen, also 173 Personen, finden nichts dabei, daß eine derart einschneidende Maßnahme in die Gesetzeslage unseres Staates, daß derart falsche Entwicklungen hier einfach über die Bühne gezogen werden. Dieses Theater, das wir heute hier aufführen, ist tatsächlich beschämend. (*Abg. Dr. Schwiemer: Sie führen ein Theater auf!*) Ja, dieses Theater ist wirklich beschämend, meine Herren! (*Abg. Dr. Schwiemer: Jetzt haben Sie die Wahrheit gesagt!*) Ja, ganz genau, es ist wirklich ein Theater, wenn man hier sitzt und nichts dabei findet, daß 173 erwachsene Menschen, Männer und Frauen, nur sitzen, Zeitung lesen, die Zeit vergehen lassen, auf die Uhr blicken, um dann ganz schnell noch vor der Geisterstunde den Verfassungsausschuß tätig werden zu lassen, damit wir morgen hergehen und etwas aus einem menschlichen Beweggrund unserer Regierung — sie hat nämlich Angst, vor dem Staatsanwalt zu landen — beschließen. (*Abg. Dr. Schwiemer: Auch das ist falsch! Sie wissen nicht einmal, wovon Sie reden! Nicht einmal den richtigen Ausschuß wissen Sie!*)

Christine Heindl

Sie werden mich sicherlich belehren. Es wäre wunderschön, wenn Sie jetzt auch ans Rednerpult kommen würden und Ihre Meinung hier darlegen würden. (*Abg. Dr. Schwiemer: Nein, bei Ihrem Theater spiele ich nicht mit!*) Ja, es ist leider ein Theater, aber ein sehr tragisches, ein wirklich tragisches.

Ich habe vorhin gesagt, die erste menschliche Regung der Regierung ist es anscheinend wirklich gewesen, Angst vor dem Staatsanwalt zu haben. Ich würde mir aber wesentlich mehr Verantwortung vor der Angst jedes einzelnen Menschen vor den Folgen eines Krieges wünschen. Wenn Kriege auf der Welt noch geführt werden, dann würde ich mir wünschen, daß Staaten wie Österreich hergehen und alle Maßnahmen setzen, daß Probleme auf friedliche Art und Weise gelöst werden, und nicht ganz schnell Maßnahmen setzen, um ja mittun zu können bei der Vernichtung von Menschen.

Es war in der letzten Zeit in der Frage der Flüchtlingsproblematik, wozu in Äußerungen Vertreter der Kirche wirklich die Wahrheit gesagt haben. Auch in diesem Fall war es ähnlich. Ich glaube, es war Kardinal König, der gesagt hat, das Wort „Krieg“ müßte aus unserem Vokabular verschwinden.

Tragisch ist, daß aus dem Vokabular von 173 Abgeordneten des österreichischen Parlaments das Wort „Friede“ verschwunden ist und damit auch die Verantwortung gegenüber ihrer eigenen Arbeit und Tätigkeit.

Wir haben das Jahr 1991 erst begonnen. Es gibt sehr viele Menschen, die Vorsätze fassen. Ich hoffe, Sie haben zu Silvester auch den Vorsatz gefaßt, diese Ihre Verantwortung zumindest ein kleines Stück voranzutreiben, weiterzutun, sich nicht hinter dem Klubzwang zu verstecken, sich nicht hinter Maßnahmen der Regierung zu verstecken, sondern als verantwortliche Abgeordnete dieses Staates heute herzugehen und wirklich gegen dieses 24-Stunden-Gesetz, gegen diese Maßnahmen zu stimmen, wirklich zu schauen, daß die öffentliche Diskussion weitergeführt wird, daß Wege gefunden werden, wie Österreich zum Frieden beitragen kann. Österreich soll nicht die Rolle eines Anhängsels von Kriegsbefürwortern spielen müssen.

Ich glaube, das wäre ein guter Vorsatz für ein neues Jahr und nicht die Maßnahmen, die jetzt hier in diesem Hause gesetzt werden, indem man es einer kleinen Fraktion überantwortet, für die Anliegen der Österreicher einzutreten, für die Anliegen vieler Tausender, die auf die Straße gegangen sind, für den Frieden zu demonstrieren. 173 Menschen sitzen hier und tun so, als ob es das Ganze nicht geben würde. — Danke. (*Beifall bei den Grünen.*) 15.10

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Grandits. Ich erteile es ihr.

15.10

Abgeordnete Mag. Marijana **Grandits** (Grüne): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es ungeheuerlich, daß Sie nach wie vor so tun, als hätte die grüne Fraktion absichtlich den heutigen Tag auserkoren, um Zeit zu schinden, und zwar grundlos. Sie haben anscheinend noch immer nicht begriffen, worum es geht (*Ruf: Oder wer?*), wie tief der Einschnitt in diesen Staat durch die vorgesehenen Gesetzesänderungen sein könnte.

Ich muß es mit einem Beispiel noch einmal untermauern, daß es keine grüne Spinneridee ist, sondern ein Thema, das ganz Österreich beschäftigt, und daß namhafte Personen ihren Protest nicht nur an uns, sondern auch an Sie alle und auch an Ihre Fraktionen gerichtet haben. Tun Sie nicht so, als hätten Sie eine völlig richtige Vorgangsweise gewählt, als hätten Sie in der Aktualität der Angelegenheit nicht anders handeln können. Wir wissen alle, daß diese Resolution schon am 29. November 1990 beschlossen wurde — da liegen immerhin einige Wochen dazwischen —, aber niemand hat sich bemüßt gefühlt, eine Diskussion loszutreten. Anscheinend hat man sehr wohl Angst davor gehabt, wie sich die Österreicherinnen und Österreicher zu diesem Problem Neutralität und Kriegsmaterialgesetz stellen werden.

Als Beispiel, das ich schon vorher angeführt habe, möchte ich eine Pressemitteilung des Plenums der österreichischen Rektorenkonferenz anführen. Ich nehme an, Sie wissen alle, um welches Gremium es sich dabei handelt. Es sind alle Rektoren aller österreichischen Universitäten in diesem Plenum vertreten. Dieses Gremium hat eine Pressemitteilung auch an uns geschickt, die sich sowohl gegen den Krieg im Irak als auch ganz massiv gegen jede Änderung des Kriegsmaterialgesetzes und des Strafgesetzbuches wendet.

Ich zitiere: „Jede Okkupation eines fremden Territoriums ist zu verurteilen! Dennoch glauben wir nicht, insbesondere aufgrund der Erfahrungen dieses Jahrhunderts, daß Krieg und die Verletzung von Menschenrechten zu Problemlösungen führen können. Die österreichische Rektorenkonferenz als Vertreterin der österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen appelliert an alle Verantwortlichen, den Verhandlungsweg nicht zu verlassen, und wendet sich gegen die Änderung des Kriegsmaterial- und Strafgesetzes.“

Ein anderes Beispiel: Universität Innsbruck, Institut für Philosophie. Herr Universitätsprofessor Dr. Hans Köchler hat dem grünen Klub eine Mitteilung überbracht, in der er die Haltung der Grü-

Mag. Marijana Grandits

nen-Alternativen bezüglich der Neutralitätsfrage, Kriegsmaterialgesetzänderung und die ganze Angelegenheit am Golf unterstützt, und dies in einem Brief folgendermaßen begründet. Dieser Brief ist übrigens auch an den Herrn Außenminister gegangen und, ich nehme an, auch an die anderen Klubs, aber Sie ignorieren anscheinend all diese Dinge. Das sind namhafte Persönlichkeiten, die sich mit den Rechtsbeständen sehr wohl auseinandergesetzt haben. Das sind nicht jene, die Sie immer als Spinner der Friedensbewegung und als unrealistische Friedensapostel bezeichnen. Wie gesagt, Herr Universitätsprofessor Hans Köchler gehört sicher zu den Menschen, die wissen, wovon sie reden.

Ich möchte nur zwei Sätze aus diesem Brief zitieren, und zwar weist er darauf hin, daß die Resolution 678 in wesentlichen Punkten der UNO-Charta widerspricht und daher nicht in Übereinstimmung mit der Charta verwirklicht werden kann. Was dahintersteckt, ist für ihn klar. Das ist keine schlampige Formulierung von Juristen, sondern machtpolitisches Kalkül, das einem einzelnen Staat praktisch eine Generalvollmacht für einseitige Militäraktionen erteilt. Und aus diesem Grund wendet er sich auch gegen alle Änderungsvorschläge und Versuche. Genau das betrifft eben jetzt diese Debatte und ist der Grund dafür, weshalb wir sie führen.

Ich glaube, das sind doch Warnzeichen, das sind doch Alarmsignale. Und wenn sie darauf nicht eingehen und auf diese nicht Rücksicht nehmen wollen, dann frage ich mich, wen Sie in diesem Staat vertreten. *(Beifall bei den Grünen.)*
15.15

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Langthaler. Ich erteile es ihr.

15.15

Abgeordnete **Monika Langthaler** (Grüne): Meine Damen und Herren! An der jetzigen Diskussion merkt man wieder, wie vorteilhaft es wäre, würden alle Debatten live im ORF übertragen werden, denn dann würde die Diskussionsbeteiligung wirklich etwas anders aussehen. *(Abg. Heinzinger: Da würden Sie vom Rednerpult überhaupt nicht mehr wegkommen!)* Denn es ist wirklich unglaublich, und ich frage mich, wie man sich da so fühlt, wenn man stundenlang in den Bänken sitzt ... *(Abg. Heinzinger: Und Ihnen zuhört, sehr schlecht! — Weitere Zwischenrufe.)* Na ja, dann kommen Sie heraus, und beteiligen Sie sich an der Diskussion, und qualifizieren Sie uns nicht als zehn Abgeordnete, die hier in erster Linie die Zeit vergehen lassen wollen, ab, denn so ist es nicht! *(Abg. Dr. Fuhrmann: Das tun Sie doch!)* So ist es aber nicht. *(Ruf bei der ÖVP: Sie wollen ja nur ein Theater aufführen!)*

Herr Fuhrmann! Ich habe Sie, bevor Sie Klubobmann geworden sind, nicht so genau gekannt. Aber in jeder Rede, die Sie hier in diesem Parlament gehalten haben, fordern Sie eigentlich die Entmachtung des Parlamentarismus. *(Abg. Dr. Fuhrmann: Da schau!)* Wenn Sie das in Ihrer Funktion als Klubobmann tun, ist es eine wirklich schlimme Sache, würde ich meinen. *(Ruf bei der SPÖ: Da müssen Sie aber in einem anderen Parlament gewesen sein!)* Nein, es war in diesem Parlament. Ich passe nämlich vor allem bei den Reden der Klubobleute sehr gut auf. *(Abg. Ing. Resse: Fällt Ihnen zur Sache nichts mehr ein, Frau Kollegin?)*

Herr Fuhrmann! Auch heute haben Sie mehr oder weniger gemeint: zu viele Debatten, zu lange Debatten, ein Zuviel an Demokratie. — Das ist da gar nicht notwendig. *(Abg. Dr. Fuhrmann: Sie zitieren vollkommen falsch! Jedes Wort, das Sie hier sagen, ist falsch zitiert!)* Bitte, es geht ja hier nicht um irgendwelche Gesetzesänderungen. *(Abg. Dr. Fuhrmann: Jedes Wort, das Sie hier sagen, ist falsch zitiert!)* Wir können ja aus dem Stenographischen Protokoll ersehen, was Sie in Ihrer Rede heute morgen gesagt haben; ebenso was Sie bei der Debatte über die Regierungserklärung gesagt haben. *(Ruf bei der SPÖ: Erst lesen, dann reden!)* Ja, das würde ich Ihnen auch empfehlen, aber es wäre schön, wenn Sie denken und reden würden, Herr Kollege, wenn Sie es wagen würden, da herauszugehen und wirklich zu sagen: Die Neutralität ist uns nicht mehr wichtig. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Gehen Sie heraus, und sagen Sie es ehrlich der österreichischen Bevölkerung: Wir tun zwar immer so, wir sind ein neutraler Staat, aber wenn es dann wirklich um die Bewahrung der Neutralität geht, melden wir uns nicht zu Wort. Wir warten die Debatten der Grünen halt ab, wir sitzen verdrossen da, weil wir zu spät zum Abendessen kommen, und mühsam nehmen wir diese Debatte eben in Kauf. *(Abg. Ing. Resse: Frau Kollegin! Nützen Sie die Gelegenheit, Ihren Standpunkt darzustellen!)*

Da geht es um substantielle Änderungen; und das während eines Krisenfalles, in dem die Welt schon lange nicht mehr war. Und Sie nehmen das mit einer Ignoranz hin, die ihresgleichen sucht. Und dann wundern Sie sich wirklich, daß es eine so enorme Politikverdrossenheit in diesem Land gibt und daß man oft die Entscheidungen und Debatten im Parlament nicht ernst nimmt, weil Sie hier ein wirkliches Schauspiel dafür bieten. *(Abg. Grabner: Wenn der Herr Voggenhuber sagt, er würde selbst die Grünen nicht mehr wählen, dann glaube ich es schon!)*

Es ist mir ein Rätsel, warum Sie sich nicht Ihrer eigenen Macht als Parlamentarier bewußt sind, warum Sie sich selbst aus reiner Parteilaisson immer wieder zurücknehmen und zurückstellen. Ich

Monika Langthaler

schaue hier bewußt eher auf die SPÖ, weil ich noch immer gedacht habe, es gibt hier so etwas wie Friedenspolitiker, wie Politiker, die tatsächlich auch noch die Neutralität in den Vordergrund ihrer Parteilinie stellen. Ihre eigene Jugendorganisation, die offensichtlich wirklich sehr oft als Feigenblatt herhalten muß, hat in einem Brief an alle Abgeordneten folgendes angemerkt:

„Junge Generation SPÖ Wien: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Angesichts der aktuellen Kriegsgefahr, unserer Sorge um den Frieden und unserer Sorge um die Neutralität Österreichs fordern wir Sie auf, von einer Änderung des Kriegsmaterialgesetzes Abstand zu nehmen. Die ‚Befreiung‘ Kuwaits darf nicht um den Preis eines Massensterbens in der ganzen Region erreicht werden. Entscheiden Sie sich für eine aktive Friedenspolitik, und unterstützen Sie mit uns folgende Positionen: Wirtschaftsboykott statt Krieg! Keine Waffendurchfuhr durch Österreich! Kein Abrücken von der Neutralität!“

Ich nehme an, Sie distanzieren sich mittlerweile von Ihrer eigenen Jugendorganisation, da es kein einziger der sozialistischen Abgeordneten der Mühe wert findet, hier herzugehen und wirklich entweder eine klare Position für oder eine klare Position gegen die Neutralität einzunehmen.

Ich halte Ihr Verhalten für eines der enttäuschendsten Erlebnisse eines jungen Menschen, der in die Politik geht. (*Abg. Dr. Nowotny: Warten Sie doch! Die Diskussion kommt ja! Sie werden Sie nicht erzwingen können!*) Hier und jetzt geht es darum, wie mit dem Parlament und mit den Abgeordneten, mit uns allen umgegangen wird und umgegangen worden ist. Eine Tagesordnung wird, als wäre nichts gewesen, vom Tisch weggefeht, nur um mit großem Druck etwas anderes durchzuschieben. Und da beginnt es ja wohl, da ist der Beginn der Entmachtung des einzelnen Parlamentariers, des Parlaments und letztlich der Demokratie. Und Sie schauen zu und ärgern sich über jeden Debattenbeitrag, anstatt daß Sie sich getrauen, hier herauszugehen und Ihre Meinung zu sagen.

Schauen Sie sich an, wie Parlamentsdebatten in den USA oder in Großbritannien geführt werden, wo sehr wohl — wenn Sie die Debatten im CNN verfolgt haben — zu den aktuellen Ereignissen selbst von den Republikanern ein zum Teil sehr kritischer Kurs gegenüber Bush eingeschlagen worden ist. Also ich verstehe nicht, warum sich nicht einmal ein einziger sozialistischer Abgeordneter wagte oder getraut, sich hierherzustellen und ein bisschen Kritik gegen den Herrn Kanzler oder ein bisschen Kritik gegen die Regierung zu üben. Nichts, Schweigen, überhaupt nichts kommt von Ihnen. Das ist eine der größten Enttäuschungen

für jeden, der frisch in dieses Parlament einzieht. (*Beifall bei den Grünen.*) 15.22

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Anschöber. Ich erteile es ihm.

15.22

Abgeordneter **Anschöber** (Grüne): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich muß sagen, ich bin dankbar, daß manche von Ihnen zwischen den Schläferstunden, die Sie hier absolvieren, hin und wieder einmal einen Blick über die Zeitung werfen und mühsam die Augenlider heben. Angesichts dieser Problematik und möglicherweise am Vorabend eines unfassbaren Krieges, einer unfassbaren militärischen Auseinandersetzung, die sich zum weltweiten Flächenbrand entwickeln kann, setzt Österreich ein Zeichen, ein gewaltiges Zeichen. Ich würde es für richtig halten, ein Zeichen zu setzen. Aber dieses Zeichen, das hier gesetzt wird, ist erbärmlich. Dieses Zeichen heißt: Wir ziehen ein Kriegswaffenexportgesetz durch und überfahren die normalen demokratischen Gepflogenheiten, überfahren eine klare ausführliche öffentliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik.

Was dieses Zeichensetzen bedeutet, was dieses Kriegswaffenexportgesetz bedeutet, das ist einerseits der klare Versuch, diese Bundesregierung vor der Staatsanwaltschaft zu retten, und das ist zweitens die Bereitschaft, wieder einmal als politischer Steigbügelhalter für eine Waffenindustrie in Österreich herzuhalten, die in den letzten Jahren Geschäfte gemacht hat, die politisch und juristisch kriminell gewesen sind und es bis zum heutigen Tag noch immer sind.

Sie wissen genau, daß dieses Kriegswaffenexportgesetz auch dazu da ist, daß wieder einmal Geschäfte in Krisenregionen gemacht werden können. Sie eröffnen damit eine Nische, Geschäfte mit Krisen, mit Konfliktsituationen zu machen, und das ist unerträglich.

Am gestrigen Tag hat der US-Senat eine weitere, wirklich unfassbare und, ich würde sagen, für Österreich beschämende Dokumentation vorgelegt — Sie kennen Sie möglicherweise, falls Sie doch heute während dieser Debatte genug in die Zeitung geschaut haben —, wo es heißt: Österreich war für den Irak der drittgrößte Waffenlieferant. Österreich ist ganz maßgeblich daran beteiligt, daß der Irak auf die Art und Weise hochgerüstet ist, wie es jetzt tatsächlich aussieht. In dieser US-Senatsdokumentation findet sich eine Liste von renommierten österreichischen Firmen wie Alu-Bau Normbau, Andritz-Maschinenfabrik, Brown Boveri, Delta Consult, Delta System, Feneberg, Girozentrale, Grill und Grossmann, Hirtenberger, Hutter & Schrantz und so weiter und so fort.

Anshober

Milliarden-Geschäfte mit dem Irak. Eine Bewaffnung bis an die Zähne hat ein österreichisches Kriegswaffenexportgesetz ermöglicht, das Sie geschaffen haben.

Und was ist Ihre Konsequenz aus dieser Situation? — Sie lockern es weiter auf, Sie weichen es weiter auf, Sie degradieren dieses Gesetz weiter zu Papier, Sie machen die Schleusen für die Dealer mit Mordwaffen weiter auf. Das ist Ihr Zeichen am Vorabend eines großen Krieges!

Wissen Sie, was die Würde dieses Hohen Hauses nicht verletzen würde? Der Würde dieses Hohen Hauses würde entsprochen, würden Sie hier und heute hergehen und am Vorabend eines großen Krieges erklären: Unser klares Ziel ist es, endlich aus dieser österreichischen Waffenproduktion ein für allemal auszusteigen, mit dieser Produktion Schluß zu machen. Sie machen das Gegenteil: Sie öffnen die Schleusen für den Handel mit Kriegsgeräten. *(Beifall bei den Grünen.)*

15.26

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wabl. Ich erteile es ihm.

15.26

Abgeordneter **Wabl** (Grüne): Meine Damen und Herren! Ich nehme an, Sie haben heute den „Kurier“ gelesen. Wenn Sie die Titelseite des „Kurier“ ganz aufmerksam durchlesen, kommen Sie vielleicht dahinter, welcher psychologischen Falle wir aufsitzen. Da titelt der „Kurier“ in seiner Schlagzeile: „Die Welt zittert vor dem Krieg!“ Und dann steht da sinngemäß: Die alliierten Truppen warten in Saudi-Arabien, am Golf auf den Befehl aus Washington.

Nun habe ich doch in der Schule gelernt, daß die UNO nicht in Washington ihren Sitz hat, sondern ganz woanders. Jetzt frage ich mich: Wovon zittern wir? Warum zittern wir? Warum zittert diese Bundesregierung? Warum zittern die Abgeordneten hier in diesem Hause? Warum zittern die Menschen überall auf dieser Erde vor diesem Krieg, sofern sie davon informiert sind? Vor wem? Wer ist das, der diesen Krieg macht?

In der offiziellen Sprachregelung ist ganz eindeutig, daß es Saddam Hussein ist, ein krimineller und aggressiver Diktator. Meine Damen und Herren! Ich gebe allen recht, die sagen: Jede Aggression, jede kriminelle Handlung, ob internationale Menschenrechtsverletzungen oder solche auf eigenem Boden, müssen geahndet werden. Aber schauen Sie sich einmal an, welche Länder denn alle besetzt sind! Es kommt eine sehr lange Liste heraus — da kann man auch fragen, warum denn in diesen Fällen kein Interesse herrscht, Krieg zu machen —: Eritrea von Äthiopien mit Beihilfe der UdSSR, Tibet von China, Panama von den

USA, Grenada von den USA, Guantánamo von den USA, Gaza und die West-Bank von Israel, Westsahara von Marokko, Neukaledonien von Frankreich, Malwinen von Großbritannien, Diego Garcia von den USA, Palau — da sind die großen Flugzeugträger der USA — von den USA, das Mururoa-Atoll von Frankreich — dort werden ständig Atomtests gemacht —, das Bikini-Atoll — dort werden von den USA Menschenversuche veranstaltet; eine ganze Volksgruppe wurde dort radioaktiv verseucht; ein Land, das sich eine fremde Macht angeeignet hat, um Atomversuche zu machen —, Französisch Guyana, das sich die Franzosen in Südamerika behalten, um weiterhin ihre europäischen Raketen zu starten, ihre Ariane, das Baltikum von der UdSSR, Nordirland von Großbritannien, Kuwait vom Irak, Libanon, Syrien, Israel und Westguinea und Ost-Timor von Indonesien.

Meine Damen und Herren! Das sind alles Länder, die besetzt sind, alle Länder, die von fremden Mächten besetzt sind. Da hat die UNO offensichtlich aus verschiedenen politischen Gründen noch nicht dazu gefunden, Resolutionen zu verfassen und auch klare Sanktionen vorzuschreiben.

Aber in diesem Fall zittert die Welt, und wir warten nicht auf den Befehl des UNO-Generalsekretärs, nicht des UNO-Sicherheitsrates, wir warten zitternd auf den Befehl aus Washington, meine Damen und Herren. Und wir leisten unseren bescheidenen und kläglichen Beitrag dazu, das auch noch zu rechtfertigen.

Meine Damen und Herren! Wenn es so wäre, daß heute am Golf Krieg geführt würde, und Hussein wäre dabei, kriegsgerisch Saudi-Arabien einzunehmen, weiter Krieg zu führen, dann würde ich Ihnen recht geben. Aber es ist im Augenblick nicht Krieg. Es ist ein fürchterlicher Zustand der Menschenrechtsverletzung. Aber in all diesen Ländern, die ich Ihnen angeführt habe, trifft das ebenso zu. Und wer in den USA sitzt dort und will bereits Krieg machen in Panama, Grenada, Gaza, West-Bank? — Bitte, meine Damen und Herren, niemand! Da versuchen wir nicht, unsere Neutralität neu zu überdenken. Das haben wir nicht notwendig. Aber wir zittern vor einem Mann, vor einer Nation, und das halte ich für unwürdig.

Ich halte nichts von einem billigen Anti-Amerikanismus, weil ich — ich kann das nur historisch betrachten — sehr froh darüber bin, daß damals im Zweiten Weltkrieg die USA aufseiten der Menschenrechte gegen Hitler waren. Aber wir müssen trotzdem ganz klar sagen, daß diese Auseinandersetzung durch nichts gerechtfertigt ist. Bitte überdenken Sie diesen sehr, sehr leichtsinnigen Schritt! *(Beifall bei den Grünen.)* 15.32

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Pilz. Ich erteile es ihm.

15.32

Abgeordneter Dr. **Pilz** (Grüne): Meine Damen und Herren! Sie fühlen sich offensichtlich gestört. Ich kann Ihnen eines versichern: Wir werden Sie weiter stören. Wir werden Sie heute stören, wir werden Sie morgen stören. Wir werden Sie noch viele Jahre in diesem Parlament stören. Wir werden Sie weiter mit Demokratie belästigen (*Abg. Schwarzenberger: Die Wähler werden Ihnen Einzug ins nächste Parlament stören!*), bis zu dem Tag, meine Damen und Herren, an dem Sie zur Kenntnis nehmen, daß in diesem Parlament Demokratie und nicht der „Panzerparlamentarismus“ der beiden Koalitionsparteien, der beiden „Bananenfraktionen“ in diesem Haus stattfindet. Das werden Sie zur Kenntnis nehmen müssen! (*Beifall bei den Grünen.*)

Wenn Sie die Geschäftsordnung zur Vergewaltigung dieses Parlaments mißbrauchen, dann werden wir die Geschäftsordnung ausnützen, um doch Debatten in diesem Haus zu ermöglichen. — Das ist das eine.

Das Zweite, meine Damen und Herren: In einem Punkt sind wir sicherlich einer Meinung. Es muß alles Menschenmögliche und Sinnvolle getan werden, um einen der schrecklichsten Diktatoren und Massenschlächter dieser Welt in die Schranken zu weisen und, wenn es nur irgendwie geht, zu stürzen. Jeder muß das Menschenmögliche tun und das politisch Mögliche tun, um dazu beizutragen, daß das Regime von Saddam Hussein gestürzt wird. Aber es geht um den Sturz des Regimes von Saddam Hussein, oder geht es um etwas ganz anderes? Das hätten wir in Ausschüssen mit Experten besprechen, beraten sollen. Und wir hätten beraten sollen — ich habe Außenminister Mock einige Male darum ersucht und einige Male darauf hingewiesen —, wie wir zum Beispiel durch Unterstützung der inneren Opposition, zum Beispiel durch Unterstützung des Widerstandes von Millionen Kurden, die um ihr Überleben im Irak kämpfen, die mit Giftgas bekämpft werden, die von der Ausrottung, von der physischen Ausrottung bedroht sind, das System in Bagdad destabilisieren und möglicherweise stürzen hätten können, indem wir den demokratischen und den kurdischen Widerstand im Irak unterstützen. (*Abg. Marizzi: Auch das ist Krieg!*)

Wir werden hoffentlich heute bei der Debatte hören, daß es den USA und anderen Ländern überhaupt nicht um Demokratie in diesem Land geht. Der ehemalige Präsident Nixon hat sehr, sehr klar gesagt, es geht um Wirtschaft, um Öl; Menschenrechte und Demokratie sind Wurscht. Ja, meine Damen und Herren, und für das wollen

Sie die österreichische Neutralität opfern, für das wollen Sie das Kriegsmaterialgesetz durchlöchern?

Ich sage Ihnen noch eines: Sie tun Ihrem Bundeskanzler und einigen Mitgliedern der Regierung ziemlich etwas an mit Ihrem parlamentarischen Fahrplan. Wissen Sie, was das letzten Endes bedeutet, wenn das Parlament morgen die Änderung dieser beiden Gesetze beschließt und damit Anlaßgesetzgebung betreibt? — Letzten Endes — ins Deutsche, ins Politische übersetzt — heißt der Beschluß, der morgen zu befürchten ist: Eine Mehrheit des Nationalrates stellt mit Beschluß fest, daß sich einige Mitglieder der Bundesregierung, Bundeskanzler Vranitzky, Außenminister Mock, Verkehrsminister Streicher, Verteidigungsminister Fasslabend und der ehemalige Verteidigungsminister Lichal, mit großer Wahrscheinlichkeit nach Strafgesetzbuch und nach Kriegsmaterialgesetz strafbar gemacht haben. Sie fassen einen Beschluß, in dem Sie feststellen, daß wir mit großer Wahrscheinlichkeit einen kriminellen Bundeskanzler und einige kriminelle Mitglieder der Bundesregierung haben. Ich weiß nicht, was Sie sich dabei gedacht haben — eigentlich sollten wir als Opposition ja froh darüber sein —, daß Sie einen politischen Beschluß fassen, der nichts anderes heißt als: Bundeskanzler, Außenminister, Verkehrsminister, Verteidigungsminister und Zweiter Präsident des Nationalrates sind in etwa 1 500 Fällen strafrechtlich fällig, sind kriminell geworden. Das haben Sie sich offensichtlich nicht überlegt.

Es gibt zwei Möglichkeiten, meine Damen und Herren. Entweder reicht die gesetzliche Grundlage dafür aus, daß amerikanisches Kriegsmaterial über Österreich transportiert wird. Dann brauchen wir die Gesetze nicht zu ändern. Dann ist alles, was Sie hier an Vergewaltigung des Parlaments inszenieren, überflüssig. Oder es reicht nicht aus und Gesetze sind gebrochen worden. Na bitte schön, damit sprechen Sie einen parlamentarischen Schuldspruch, der auch noch die Gerichte zu befassen hat. Und ich werde überlegen, ob wir nicht 141 Abgeordnete dieses Hauses, die wahrscheinlich diesen Beschluß fassen, bei dem Strafverfahren, das wir gegen die Mitglieder der Bundesregierung eingeleitet haben, als Zeugen beantragen und nominieren werden. Sie sind die besten Zeugen mit Ihrer politischen Vorgangsweise dafür, daß der Verdacht sehr konkret ist, daß Vranitzky, Mock und Co straffällig geworden sind. (*Abg. Dr. Schwimmer: Bei einer Zeugenaussage kann ich wenigstens ohne Ordnungsruf sagen, was ich vom Pilz denke!*)

Es gibt eine dritte Möglichkeit, und mit der werden Sie heute wahrscheinlich kommen, daß die rechtliche Basis unklar ist und daß das jetzt geklärt werden muß, damit strafrechtlich nichts

Dr. Pilz

passiert. Wissen Sie, was das heißt? — Daß ein Mitglied der Bundesregierung oder ein Bundeskanzler hergeht und im nachhinein sagt: Wir haben gewußt, daß die rechtliche Basis unklar ist, daß wir möglicherweise kriminell gehandelt haben, wir haben uns trotzdem dafür entschieden, möglicherweise kriminell geworden zu sein, und ersuchen jetzt den Nationalrat, das Ganze gesetzlich zu reparieren.

Meine Damen und Herren! Mit dieser Vorgangsweise, die Sie hier vorexerzieren, haben Sie nicht nur das Parlament desavouiert, sondern haben Sie die gesamte Bundesregierung oder wenigstens ihre wichtigsten Mitglieder in den Verruf gebracht, mehrfache, tausendfache kriminelle Handlungen begangen zu haben. Der Herr Bundeskanzler soll sich persönlich bei Ihnen dafür bedanken. *(Beifall bei den Grünen.)* 15.37

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die den Einwendungen Rechnung tragen wollen, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist die Mehrheit. *(Abg. Marizzi: Sieben waren's! — Abg.*

Schwarzenberger: Nicht zehn, sondern nur sieben!)

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 58/A bis 63/A eingebracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 290/J bis 292/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich nunmehr für 15.45 Uhr, das ist also gleich im Anschluß an diese Sitzung, ein. Es bleibt bei der Tagesordnung, die den Abgeordneten schriftlich vorliegt:

1. Erklärungen des Bundeskanzlers betreffend die Lage in der Golfregion sowie im Baltikum und des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten zu aktuellen außenpolitischen Fragen, die sich im Zusammenhang mit den Ereignissen im Baltikum und in der Golfregion ergeben,

2. Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (36 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (40 der Beilagen).

In dieser Sitzung findet keine Fragestunde statt.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 39 Minuten

Verzeichnis der Ausschußmitglieder und Ersatzmitglieder laut den von den Klubs eingereichten Listen (siehe bitte S. 157, 3. Sitzung)

Ausschuß für verstaatlichte Betriebe (Konstituierende Sitzung: 16. 1. 1991)

Mitglieder:

SPÖ: Gradwohl, Anna Huber, Koppler, Marizzi, Nürnberger, Oberhaidinger, Resch, Sigl, Ing. Tychtl, Wallner

ÖVP: Burgstaller, Freund, Mag. Cordula Frieser, Dr. Frizberg, Heinzinger, Dipl.-Ing. Kaiser, Ingrid Korosec, Franz Stocker

FPÖ: Dkfm. Holger Bauer, Fischl, Meisinger, Rosenstingl

Grüne: Dr. Pilz

Ersatzmitglieder:

SPÖ: Eder, Mag. Brigitte Ederer, Dr. Heindl, Hums, Parnigoni, Schmidtmeier, Seidinger, Verzetnitsch, Wolfmayr

ÖVP: Auer, Ing. Dittrich, Dr. Ettmayer, Ing. Helbich, Ing. Kowald, Kraft, Dr. Lackner, Dr. Taus

FPÖ: Böhacker, Dolinschek, Ing. Murer, Dipl.-Ing. Schmid

Grüne: Wabl